

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

31. Jahrgang
Nr. 3 – 2008
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Freiheit für Gaza	2
Argumente gegen neue Kampfflugzeuge	3
Weltweiter Rüstungsrausch	4
Sicher ins Finale	5
Peak Oil oder das Ende der billigen Energie	6
Teheran im Kriegsvision	7
Salvador Allende: Bleibendes Beispiel	8



«Krieg ist nicht die Antwort!» – Plakat an einer Antikriegsdemo in Washington. Foto Steve Rhodes

Opfer des «Grossen Spiels»

Hottentotten-Moral

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, sagt ein Sprichwort. Was für Kosovo gilt, gelte auch für Abchasien und Südossetien, meint der israelische Friedensaktivist und ehemalige Knesset-Abgeordnete Uri Avnery.

Von Uri Avnery

«Wenn er meine Kuh stiehlt, dann ist es schlecht. Wenn er des andern Kuh stiehlt, dann ist es gut» – diese Moralregel wurde von europäischen Rassisten den Hottentotten zugeschrieben, einem alten Volksstamm im Südwesten Afrikas.

Daran muss ich denken, wenn die USA und die europäischen Staaten jetzt gegen Russlands Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien aufschreien, die beiden Provinzen, die sich von der Republik von Sakartvelo trennten, die im Westen als Georgien bekannt ist.

Es ist noch nicht so lange her, dass die westlichen Länder die Republik Kosovo anerkannten, die sich von Serbien trennte. Der Westen behauptete, dass die Bevölkerung des Kosovo nicht serbisch sei, seine Kultur und Sprache sei nicht serbisch und dass es deshalb ein Recht habe, von Serbien unabhängig zu sein. Vor allem, nachdem Serbien eine schwerwiegende Unterdrückungskampagne gegen die Kosovaren geführt hatte. Ich unterstützte diese Ansicht voll und ganz. Anders als viele meiner Freunde war ich sogar für die militärische Operation, die den Kosovaren half, sich selbst zu befreien.

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, sagt ein Sprichwort. Was für Kosovo gilt, gilt auch für Abchasien und Südossetien. Die Bevölkerung dieser Provinzen sind keine Georgier. Sie haben ihre eigene Spra-

che und alte Zivilisationen. Sie waren von Georgien annektiert worden, wollen aber kein Teil Georgiens sein.

Was ist nun der Unterschied zwischen den beiden Fällen? Es ist tatsächlich ein grosser: die Unabhängigkeit des Kosovo wird von den Amerikanern unterstützt und von den Russen abgelehnt. Deshalb ist es o.k. Die Unabhängigkeit Abchasien und Südossetiens wird von den Russen unterstützt und von den Amerikanern abgelehnt. Deshalb ist es nicht o.k. Die alten Römer sagten: Quod licet Jovi, non licet bovi – was Jupiter erlaubt ist, ist einem Ochsen nicht gestattet.

Ich kann diesen Moralkodex nicht akzeptieren. Ich bin für die Unabhängigkeit all dieser Regionen.

Eine Regel für alle

Meiner Ansicht nach gibt es ein einfaches Prinzip, das für jeden gilt: Jede Provinz, die sich von einem Land trennen will, hat das Recht, dies zu tun. Deshalb gibt es für mich in dieser Hinsicht keinen Unterschied zwischen den Kosovaren, Abchasiern, Basken, Schotten und Palästinensern. Eine Regel für alle.

Es gab eine Zeit, als dieses Prinzip nicht erfüllt werden konnte. Ein Staat mit ein paar hunderttausend Bewohnern war wirtschaftlich nicht lebensfähig und konnte sich militärisch nicht verteidigen.

Es war das Zeitalter des «Nationalstaates», als ein starkes Volk sich, seine Kultur und seine Sprache kleineren

Völkern aufzwang, um einen Staat zu schaffen, der gross genug war, um für Sicherheit, Ordnung und einen gewissen Lebensstandard zu sorgen. Frankreich hat sich deshalb die Bretonen und die Korsen unterworfen, Spanien die Katalanen und die Basken, England die Waliser, die Schotten und die Iren usw.

Diese Realität ist nicht mehr vorhanden. Die meisten Funktionen des «Nationalstaates» sind auf übernationale Strukturen übergegangen, wie die grossen Bundesländer der USA und die grossen Partnerschaften wie die EU. In diesen gibt es auch Platz für kleine Länder wie Luxemburg neben grösseren wie Deutschland. Wenn Belgien auseinander bricht und ein flämischer Staat neben einem wallonischen entsteht, werden beide in die EU aufgenommen werden und keinem wird ein Unglück geschehen. Jugoslawien ist zerfallen, und jedes seiner Teile wird schliesslich zur EU gehören.

Das ist auch in der ehemaligen Sowjetunion geschehen. Georgien befreite sich von Russland. Mit demselben Recht und derselben Logik kann sich Abchasien von Georgien befreien.

Aber wie könnte ein Land dann ein auseinander Fallen verhindern? Sehr einfach. Es muss die kleineren Völker davon überzeugen, dass es sich lohnt, unter seinen Flügeln zu bleiben. Wenn die Schotten das Gefühl haben, dass sie im Vereinigten Königreich die gleichen Rechte haben, dass ihnen genügend Autonomie und ein faires Stück des allgemeinen Kuchens gewährt wird, dass ihre Kultur und ihre Traditionen respektiert werden, dann können sie sich zum Bleiben entscheiden. Solch eine Debatte läuft seit Jahrzehnten in der französisch sprechenden kanadischen Provinz von Quebec.

Fortsetzung auf Seite 2

Nein zum helvetischen Rüstungsbarock

Kampfjets bodigen!

Im Juni 2008 hat ein breites Bündnis von politischen, gewerkschaftlichen und Friedensorganisationen, darunter der Schweizerischen Friedensbewegung, eine Initiative gegen neue Kampfflugzeuge gestartet. Mitinitiant und Nationalrat Jo Lang aus Zug begründet, warum die Beschaffung von neuen Kampfjets gebodigt werden muss.

Von Josef Lang

Um die Armut auf unserem Planeten zu halbieren, braucht es laut der Weltbank 60 Milliarden Dollar. Dies entspricht weniger als fünf Prozent der globalen Militärausgaben. Denn laut jüngsten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) wurden im letzten Jahr 1'400 Milliarden Dollar für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben. Das sind sechs Prozent mehr als 2006 und 45 Prozent mehr als 1998. Die Welt gibt heute für Rüstungsausgaben mehr aus als während des so genannten Rüstungsbarocks im Kalten Krieg. Die Schweiz gehörte im Kalten Krieg zur Spitze dieses Rüstungsbarocks. Sie liegt mit ihren Militärausgaben pro Kopf zwar auch heute noch siebenfach über dem globalen Durchschnitt, hat aber die neue Aufrüstungswelle der letzten zehn Jahre nicht mitgemacht. Ein entscheidender Grund dafür liegt im Umstand, dass sie wegen des starken Widerstands von links und rechts die Auslandeinsätze nicht ausbauen

konnte. Mit der Beschaffung neuer Kampfjets würde sich die Schweiz der globalen Aufrüstungswelle anschliessen – notabene ausgehend von einem immer noch hohen Niveau. Hier liegt ein erster Grund, warum wir dieses Geschäft bekämpfen müssen.

Nein zur Annäherung an die NATO

Ein zweiter Grund liegt in der vom Bundesrat und VBS gewollten Annäherung an die NATO. Denn die neuen Kampfflieger würden den militärischen Anschluss an die NATO, welche 1999 von einem atlantischen Defensiv- zu einem globalen Offensivbündnis mutierte, erleichtern. Auch wenn Bombardierungen durch Schweizer Kampfflugzeuge im Ausland aus politischem Kalkül momentan nicht offen von den Militärplanern diskutiert werden, sind solche Szenarien ernst zu nehmen. Luftwaffenchef Walter Knutti verglich im September 2007 das Verhältnis der Schweizer Luftwaffe zur NATO mit dem Verhältnis der

Fortsetzung auf Seite 3

Wertschöpfung

Der Bundesrat will die schweizerische Rüstungsindustrie schützen, hat Doris Leuthard der Öffentlichkeit angekündigt.

Ja aber warum denn das, sind etwa geplante Terroranschläge auf die Waffenfabriken bekannt geworden? Nein, offenbar geht es diesmal nicht darum, vielmehr seien die 5100 Arbeitsplätze der einheimischen Kriegsmaterialhersteller gefährdet, so die Bundesrätin weiter.

Nun, dann muss es wohl an der ausländischen Konkurrenz liegen, wirtschaftliche Bedrohung also. Nein, auch nicht. Gemäss Bundesrat betrug die Waffenexporte im Jahr 2007 464 Mio. Franken und im ersten Halbjahr 2008 bereits 348 Mio Franken, es ist demnach für dieses Jahr eine deutliche Steigerung zu erwarten.

Wenn weder Terroristen noch der freie Markt die Gefährdung darstellen, was ist es dann? Ein Produkt der schweizerischen direkten Demokratie. Eine Volksinitiative der GSoA, die von UNSERE WELT mitunterstützt worden ist und welche die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial verbieten will.

Bei Annahme der Initiative, die nächsten zur Abstimmung kommt, würde der einheimischen Rüstungsindustrie die Existenzgrundlage entzogen, mahnt der Bundesrat und es ginge um Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von 485 Mio. Franken.

Sehen wir mal ab von der moralischen Frage, welchem Zweck diese Güter dienen und welchen «Wert» deren Einsatz «schöpft». Rein rechnerisch ergibt sich pro Arbeitsplatz eine Wertschöpfung von lediglich 95'000 Franken, eine Summe, die bei Umstellung auf zivile Produkte schnell mal übertroffen werden könnte.

Item: Das Volk wird das letzte Wort haben. Ebenso wie Sie, liebe Leserin, lieber Leser immer wieder über die Weiterexistenz von UNSERE WELT und deren Wertschöpfung mitentscheiden: Wir sind auf Ihren Beitrag angewiesen. Deshalb liegt dieser Nummer ein Einzahlungsschein bei. Der Bundesrat schützt uns nicht. Bitte schützen Sie uns...

(Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7)
Ruedi Moser, Sekretär SFB



Die Opfer sind sich alle gleich: Südossetische Flüchtlinge im russischen Auffanglager von Alagir.

Fortsetzung von Seite 1

Dies ist der historische Hintergrund für die Krise zwischen Georgien und Russland. Da gibt es keine Gerechten. Es ist schon ziemlich komisch von Vladimir Putin, von dessen Händen das Blut tschetschenischer Freiheitskämpfer tropft, zu hören, wie er das Recht Südossetiens auf Abtrennung rühmt. Es ist nicht weniger komisch, von Micheil Saakashvili zu hören, wie er den Freiheitskampf der beiden separatistischen Regionen mit dem sowjetischen Einfall in die Tschechoslowakei vergleicht.

In die Falle getappt

Der Kampf erinnert mich an unsere eigene Geschichte. Im Frühjahr 1967 hörte ich einen israelischen General sagen, dass er jede Nacht dafür bete, dass der ägyptische Führer Gamal Abd-al-Nassar seine Truppen doch auf die Sinai-Halbinsel schicken möge. Dort werden wir sie vernichten, sagte er. Einige Monate später tappte Nasser in die Falle. Der Rest ist Geschichte.

Nun hat Saakashvili genau dasselbe getan. Die Russen beteten darum, dass er in Südossetien einfallen möge. Als er in diese Falle tappte, taten die Russen dasselbe, was wir den Ägyptern taten. Die Russen brauchten sechs Tage dazu, genau wie wir.

Keiner weiss, was Saakashvili durch den Kopf ging. Er ist ein unerfahrener Mann, der in den USA ausgebildet wurde, ein Politiker, der auf Grund seines Versprechens zur Macht kam, die separatistische Region zurück zu bringen. Die Welt ist voll solcher Demagogen, die eine Karriere auf Hass, Supernationalismus und Rassismus aufbauen. Wir haben von diesen Typen auch hier bei uns mehr als genug.

Aber selbst ein Demagoge muss kein Idiot sein. Glaubte er, dass Präsident Bush, der auf allen Gebieten bankrott ist, ihm zu Hilfe eilen würde? Wusste er nicht, dass die USA keine überzähligen Soldaten haben? Dass Bushs kriegerische Reden vom Wind verweht werden? Dass die NATO ein Papiertiger ist? Dass die georgische Armee im Feuer des Krieges wie Butter dahin schmelzen würde?

Militärische Arroganz

Ich möchte gerne wissen, welche Rolle wir in dieser Geschichte spielten.

In der georgischen Regierung gibt es einige Minister, die in Israel aufwuchsen und hier ihre Ausbildung erhielten. Es scheint, dass der Verteidigungsminister und der Minister für Integration (der separatistischen Regionen) auch israelische Bürger sind. Und am wichtigsten, dass die Eliteeinheiten der georgischen Armee von israelischen Offizieren trainiert worden sind, einschliesslich einem, der den 2. Libanonkrieg verloren hat.

Auch die Amerikaner investierten viel in das Training der Georgier.

Ich amüsiere mich immer über die Idee, es sei möglich, eine ausländische Armee zu trainieren. Man kann natürlich Techniken lehren: wie man gewisse Waffen benützt oder wie man eine Bataillonsübung ausführt. Aber jeder, der einmal an einem richtigen Krieg teilgenommen hat (im Unterschied zur Überwachung einer besetzten Bevölkerung), weiss, dass die technischen Aspekte zweitrangig sind. Ausschlaggebend ist der Geist der Soldaten, ihre Bereitschaft, ihr Leben für die Sache zu riskieren, ihre Motivation, die menschliche Qualität der Kampfeinheiten und der Kommandeure.

So etwas kann nicht von Ausländern übermittelt werden. Jede Armee ist ein Teil ihrer Gesellschaft, und die Qualität der Gesellschaft ist entscheidend für die Qualität der Armee. Dies trifft noch mehr zu in einem Krieg gegen einen Feind mit grosser zahlenmässiger Überlegenheit. Wir machten diese Erfahrungen im Krieg von 1948, als David Ben Gurion uns Offiziere aufzwingen wollte, die in der britischen Armee trainiert worden waren. Doch wir Frontsoldaten wollten lieber unsere eigenen Kommandeure, die in unserer Untergrundarmee trainiert worden waren und nie in ihrem Leben eine Militärakademie gesehen hatten.

Nur professionelle Generäle, deren ganze Einstellung rein technisch ist, können sich vorstellen, Soldaten eines anderen Volkes und einer anderen Kultur zu «trainieren» – in Afghanistan, im Irak oder Georgien.

Eine ziemlich entwickelte Eigenschaft unserer Offiziere ist die Arroganz. In unserm Fall ist sie verbunden mit einem angemessenen Standard der Armee. Wenn die israelischen Offiziere ihre georgischen Kollegen mit dieser Arroganz angesteckt haben und sie davon überzeugten, dass sie die mächtige russische Armee schlagen könnten, begingen sie ihnen gegenüber ein grosse Sünde.

Das Grosse Spiel

Ich glaube nicht, dass dies der Beginn des 2. Kalten Krieges ist, wie unterstellt worden ist. Aber sicher ist es eine Fortsetzung des «Grossen Spieles».

Diese Bezeichnung wurde dem erbarmungslosen geheimen Kampf gegeben, der das ganze 19. Jahrhundert entlang der russischen Südgrenze zwischen den beiden damaligen Grossmächten Russland und Grossbritannien tobte.

Heute läuft das «Grosse Spiel» zwischen den augenblicklichen Grossmächten – den USA und Russland – über die Gegend von der Ukraine bis Pakistan. Es belegt, dass Geographie wichtiger ist als die Ideologie. Der Kommunismus kam und ist ver-

schwunden – aber der Kampf geht weiter, als sei nichts geschehen.

Georgien ist nur ein Bauer in diesem Schachspiel. Die Initiative liegt bei den USA. Sie wollen Russland mit der sich erweiternden NATO, einem Arm der US-Politik, entlang den Grenzen einkreisen. Das ist eine direkte Bedrohung des rivalisierenden Empire. Russland versucht seinerseits seine Kontrolle über die Ressourcen – Öl und Gas, als auch über die Transportwege derselben – zu erweitern. Sie sind für den Westen lebensnotwendig. Das kann zu einer Katastrophe führen.

Gefahr für die ganze Welt

Als Henry Kissinger noch ein weiser Historiker war, bevor er ein törichter Staatsmann wurde, erläuterte er ein bedeutendes Prinzip: um die Stabilität in der Welt aufrecht zu erhalten, muss ein System geschaffen werden, das alle Parteien einschliesst. Wenn eine Partei ausserhalb dieses Systems bleibt, ist die Stabilität in Gefahr.

Als Beispiel zitierte er die «Heilige Allianz» der Grossmächte, die sich nach den Napoleonischen Kriegen bildete. Die weisen Staatsmänner jener Zeit, zu denen der österreichische Fürst Metternich gehörte, sorgten dafür, dass das besiegte Frankreich nicht ausserhalb stand, sondern im Gegenteil einen bedeutsamen Platz im Konzert Europas bekam.

Die augenblickliche amerikanische Politik mit ihrem Versuch, Russland hinauszudrängen, ist eine Gefahr für die ganze Welt. (Die wachsende Macht Chinas habe ich dabei noch gar nicht erwähnt).

Ein kleines Land, das in den Kampf zwischen Grossmächten verwickelt wird, bringt sich selbst in die Gefahr, zerdrückt zu werden. Das ist in der Vergangenheit mit Polen geschehen, und es scheint aus den Erfahrungen nicht gelernt zu haben. Man sollte Georgien und auch der Ukraine raten, nicht den Polen nachzueifern, sondern den Finnen, die seit dem 2. Weltkrieg eine weise Politik geführt haben: sie achten auf ihre Unabhängigkeit, bemühen sich aber, die Interessen ihres mächtigen Nachbarn zu berücksichtigen.

Wir Israelis könnten vielleicht auch etwas von all dem lernen: dass es nicht sicher ist, Vasall einer Grossmacht zu werden und deren Rivalen zu provozieren. Russland kehrt in unsere Region wieder zurück, und jeder Schritt, den wir machen, um die Expansion der USA zu fördern, wird sicher von einem russischen Schritt zu Gunsten der Syrer und des Iran beantwortet.

Wir sollten also die «Moral der Totentoten» nicht übernehmen. Sie ist nicht klug und sicher auch nicht moralisch.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

Segelschiffe durchbrechen Blockade

Freiheit für Gaza

Jeff Halper, Koordinator des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAH) und Kandidat für den Friedensnobelpreis von 2006, war einer der Teilnehmer der Bootsreise von Zypern nach Gaza (siehe Bildlegende). Nach Ende der Aktion wurde der israelische Staatsbürger bei seiner Einreise nach Israel am Grenzübergang Erez Ende August verhaftet. Inzwischen wieder freigelassen, wird er mit einer Anklage wegen Verletzung militärischer Befehle rechnen müssen. Vor der Abreise nach Gaza äusserte sich Jeff Halper gegenüber der Nachrichtenagentur Ma'an zu seiner Motivation.

Von Jeff Halper

Die selbstgestellte Aufgabe heisst, die israelische absolut illegale Belagerung zu durchbrechen, die 1,5 Millionen Palästinenser in eine sehr schwierige Situation gebracht hat: gefangen in ihren eigenen Häusern, extremer militärischer Gewalt ausgesetzt, aller Grundbedürfnisse des Lebens, ihrer fundamentalsten menschlichen Rechte und Würde beraubt.

Ich fühle mich als israelischer Jude gezwungen, mich dieser Reise anzuschliessen, um diese Belagerung zu brechen. Als jemand, der mit den Palästinensern einen gerechten Frieden sucht, der auch – trotz der gegenteiligen Meinung unserer Politiker – versteht, dass sie nicht unsere Feinde sind, sondern ein Volk, das genau wie wir nationale Selbstbestimmung sucht und dafür kämpft, kann ich nicht beiseite stehen. Ich kann nicht weiter passiv Zeuge sein, wie meine Regierung ein anderes Volk vernichtet, und gleichzeitig beobachten, wie die Besatzung das moralische Gefüge meines eigenen Volkes zerstört. Wenn ich es täte, dann würde ich mein Engagement für die Menschenrechte verraten, das Wesentliche der prophetischen jüdischen Religion, Kultur und Moral, ohne die Israel kein jüdischer Staat mehr wäre, sondern ein unbedeutendes, wenn auch mächtiges Sparta.

Ganz gewöhnliche Leute haben in der Geschichte oft Schlüsselrollen inne gehabt, besonders in Situationen wie diese, wo Regierungen sich vor ihrer Verantwortung drücken. Meine Reise nach Gaza ist ein Statement der Solidarität mit dem palästinensischen Volk in der Zeit ihres Leidens, aber gleichzeitig auch eine Botschaft an meine eigenen jüdischen Landsleute.

Als erstes gibt es – im Gegensatz zu dem, was unsere politischen Führer sagen – eine politische Lösung des Konfliktes, es gibt Partner für den Frieden. Allein die Tatsache, dass ich als israelischer Jude von Palästinensern in Gaza willkommen geheissen werde, macht dies deutlich. Meine Gegenwart im Gazastreifen bestätigt auch, dass jede Resolution des Konfliktes beide Völker des Landes ein-

schliessen muss, die Palästinenser genau so wie die Israelis. Ich werde deshalb jede Glaubwürdigkeit anwenden, die mir meine Aktionen zur Verfügung stellen, um meine Regierung aufzurufen, echte, ehrliche Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen, die sich auf das «Dokument der Gefangenen» gründet, das von allen palästinensischen Fraktionen, einschliesslich der Hamas, akzeptiert wurde. Die Entlassung aller von Israel festgehaltenen politischer Gefangenen, einschliesslich der Hamas-Minister und der Parlamentsmitglieder und dafür die Rückführung des israelischen Soldaten Gilad Shalit würde die politische Landschaft dramatisch verändern, indem es Vertrauen und guten Willen zeigt – die Voraussetzung für jeden Friedensprozess.

Zweitens sind die Palästinenser nicht unsere Feinde. Tatsächlich dränge ich meine Landsleute, die israelischen Juden, sich von der nur in eine Sackgasse führenden Politik unserer gescheiterten politischen Führer zu trennen, indem sie mit israelischen und palästinensischen Friedensmachern gemeinsam sagen: wir weigern uns, Feinde zu sein. Nur diese Beteuerung des allgemeinen Willens kann unserer Regierung signalisieren, dass wir nicht weiter von jenen manipuliert werden wollen, die aus der Besatzung einen Nutzen ziehen.

Und drittens als die unendlich viel stärkere Partei in diesem Konflikt und der einzigen Besatzungsmacht müssen wir Israelis Verantwortung für unsere fehlgeschlagene und unterdrückerische Politik übernehmen. Allein wir können den Konflikt beenden.

Lassen wir uns nicht zu Geiseln unserer Politiker nehmen, die die Zukunft unserer Gesellschaft gefährden. Beenden wir gemeinsam die Belagerung des Gazastreifens und damit die Besatzung in ihrer Gesamtheit. Lasst uns, das israelische und das palästinensische Volk, unsern politischen Verantwortlichen erklären: wir fordern einen gerechten und dauerhaften Frieden in diesem gequälten Heiligen Land!

(Quelle: Ma'an News Agency. Übersetzt von Ellen Rohlf)

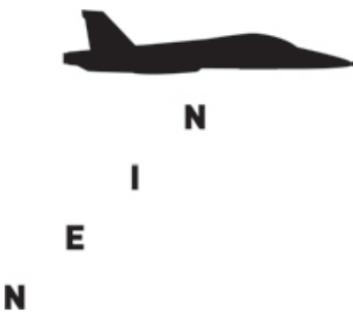


60 Friedensaktivisten, Männer und Frauen aus 15 Staaten, sind Mitte August von Zypern aus mit zwei Booten nach Gaza gesegelt, um die israelische Belagerung des Gazastreifens zu durchbrechen. «Wir wollen die Welt daran erinnern, dass wir nicht tatenlos zusehen werden, wie 1,5 Millionen Menschen durch Hunger und Krankheit allmählich sterben», meinte die 84jährige US-Bürgerin Hedy Epstein, deren Familie im Vernichtungslager Auschwitz ermordet worden war, vor dem Auslaufen.

Die beiden Boote «SS Liberty» und «SS Free Gaza» sind inzwischen sicher nach Zypern zurückgekehrt. An Bord befanden sich nun auch sieben Palästinenser aus dem Gazastreifen, darunter ein 11jähriger Junge, der während israelischen Angriffen ein Bein verloren hatte. Auf dem Bild: Die SS Liberty. Foto zvg.

Fortsetzung von Seite 1

Schweizer Wirtschaft zur EU. Die Schweiz solle gemeinsam mit der NATO den «Erdkampf» üben, so Knutti. Macht es Sinn, mit der NATO den Erdkampf zu üben, wenn man nicht vorhat, ihn gemeinsam mit der NATO auch auszuführen? Bekanntlich hat die Schweizer Luftwaffe in den neunziger Jahren auf die Fähigkeit, Bomben abzuwerfen, verzichtet. Die neuen Jets sollen nun aber auch Bomber sein. Die Fähigkeit, Bodenziele zu treffen, macht über inländischem Boden jedoch definitiv keinen Sinn. Und Bundesrat Schmid hält an der Vorgabe fest, dass die neuen Kampffjets auch Kampfbomber sein müssen. Neu ist bei der Evaluation der Flugzeugtypen die so genannte Erdkampffähigkeit zwar bloss noch ein «nachgelagertes» Kriterium. «Nachgelagert» heisst: Man will die Bomber, aber man will nicht darüber reden.



Einwände gegen die Luftpolizei

Das häufigste Argument, von dem militärische Kreise in den Medien Gebrauch machen, um die Notwendigkeit des Kaufs zu rechtfertigen, ist die so genannte Luftpolizei. Dagegen spricht allerdings einiges: Die Luftraumüberwachung geschieht grundsätzlich am Radar und nicht durch Kampfflugzeuge der Luftwaffe. Und selbst wenn man davon ausgeht, es brauche gegen einen möglichen «Bad Guy» (Zitat Keckeis), der umgeben in den eidgenössischen Luftraum eindringt, den Einsatz eines Kampffliegers, hat die Schweiz mit den 33 F/A-18 genug davon. Der schweizerische Luftpolizeistaat ist bereits heute mehr als viermal dichter als der finnische. Und sobald Österreich die skandalträchtige Beschaffung der Eurofighter abgeschlossen haben wird, verfügt ihre Luftwaffe immer noch über viermal weniger Kampffjets pro Landesfläche als die Schweiz bereits heute hat. Auch zeigen konkrete Beispiele – wie ein Artikel des Fachmagazins Pilot und Flugzeug vom April dieses Jahres ihn beschreibt – dass die Kampfflugzeuge vor allem zivilen Flugzeugen in Not gefährlich werden. Das Fachmagazin bilanziert: «Die Aktion zeigt vor allem, wie ungeeignet militärische Kampfflugzeuge für die Wahrnehmung luftpolizeilicher Aufgaben sind» Zudem: Der wahrscheinlichste «Bad Guy», der sich gegenüber dem schweizerischen Luftraum respektlos verhalten könnte, sind die USA. Wie hat die Schweiz reagiert auf die illegalen Folter-Überflüge der CIA? Indem sie im Januar 2006 die Überflugsbewilligung verlängerte, wie wenn nichts geschehen wäre!

Die Schweiz braucht keine neuen Kampfflugzeuge. Ich bin überzeugt, dass die Initiative bei der Bevölkerung auf breite Unterstützung stossen wird.

Josef Lang (Zug) ist Nationalrat der Grünen und Vorstandsmitglied der GsoA.

Argumente gegen neue Kampfflugzeuge

Das Parlament hat im Dezember 2007 einem so genannten «Projektierungskredit» zur Vorbereitung des Kaufs neuer Kampfflugzeuge zugestimmt. Die Typenwahl und der definitive Kaufentscheid sind für 2010 geplant.

Damit das Volk über die Beschaffung entscheiden kann, braucht es eine Volksinitiative – Referenden gegen Rüstungsbeschaffungen sind in der Schweiz nicht möglich.

Verfehlt Prioritäten

Die Volksinitiative gegen neue Kampfflugzeuge verlangt ein befristetes Beschaffungsmoratorium. Wird die Initiative vom Volk angenommen, kauft die Schweiz bis Ende 2019 keine neuen Kampffjets.

Das Beschaffungsvorhaben des VBS ist sicherheitspolitisch unsinnig, es setzt friedenspolitisch ein verheerendes Zeichen und ist Ausdruck einer verfehlten finanzpolitischen Prioritätensetzung. Gemeinsam verhindern wir die milliarden schwere Aufrüstung der Schweiz!

Weltweite Aufrüstung

Weltweit wurden im Jahr 2006 über 1'200 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben, das sind rund 40 Prozent mehr als vor 10 Jahren. Nur 5 Prozent dieses Betrages wären laut der UNO nötig, um die Millenniumsziele (Halbierung der globalen Armut bis 2015) zu erreichen. Mit dem Kauf neuer Kampfflugzeuge würde sich die Schweiz der globalen Aufrüstung anschliessen und der Waffenindustrie grosse Profite beschern. Mit ihrer Zustimmung zum Projektierungskredit haben die eidgenössischen Räte einen Vorentscheid zugunsten dieses Beschaffungsvorhabens gefällt. Nun beginnt das Buhlen der Rüstungsfirmen um den Milliardenauftrag. Zur Auswahl stehen der schwedische Saab-Gripen, der deutsch-französische Eurofighter von EADS und die französische Rafale (Dassault).

Friedenspolitisch katastrophal

Statt sich der globalen Aufrüstung anzuschliessen, sollte die Schweiz einen grösseren Beitrag für den Frieden leisten und die wahren globalen Bedrohungen und Probleme wie Hunger und Armut oder die drohende Klimakatastrophe ernst nehmen. Auch wenn die Armee dies nicht offen zugibt: Mit dem Kauf neuer Kampffjets würde sich die Schweiz dem militärischen Offensivbündnis NATO annähern. Die neuen Kampffjets sollen gemäss VBS-Plänen mit Luft-Boden-Raketen ausgerüstet werden. Die Armee will die neuen Kampfflugzeuge, um sich bei «robusten», d.h. kriegerischen «Friedenseinsätzen» im Ausland beteiligen zu können. Doch: Mit NATO-Kriegen wie in Afghanistan wird kein Frieden geschaffen.

Verschleuderung von Steuermilliarden

Die Beschaffungskosten für neue Kampffjets belaufen sich auf zwei bis drei Milliarden Franken. Dazu kommen die laufenden Kosten für den Betrieb und Unterhalt sowie für die so genannten «Kampfwertsteigerungen». Allein mit den jährlichen Ausgaben für die bestehende F/A-18 Flotte könnten AIDS-Medikamente für mehrere 100'000 Menschen in armen Ländern gekauft werden. Über die gesamte Betriebsdauer würden die Kampffjets mindestens sechs Milliarden Franken kosten. Dieses Geld könnte die Schweiz sinnvoller einsetzen, sei es für die Bekämpfung von Hunger und Armut, den Ausbau der Entwicklungshilfe und der zivilen Friedensförderung oder in der Bildung und der sozialen Sicherheit in der Schweiz.

Laut und klimaschädigend

Kampfflugzeuge der neusten Generation sind extrem laut. Beim Start werden bis zu 125 Dezibel aus 100 Metern Entfernung gemessen. Zum Vergleich: Bei Rock-Konzerten sind nur 100 Dezibel erlaubt. Sollte die Schweiz tatsächlich neue Kampffjets kaufen, würde der Alpenraum in Zukunft noch stärker mit militärischem Fluglärm belastet, denn die alten Tiger F-5 sind bedeutend leiser als die zur Auswahl stehenden neuen Kampffjets. Kampfflugzeuge sind Umweltsünder: Alleine die Schweizer F/A-18 Flotte schädigt mit ihrem CO₂-Austoss das Klima so stark wie die Stadt Zug.

Korruption

Die Rüstungslobbyisten haben in Bern in unmittelbarer Nähe zum Bundeshaus Büros eröffnet und übertreffen sich mit millionenschweren Propagandakampagnen, die sich an Politiker und Medien richten. Die Grenze zur Korruption ist fließend. Sowohl Saab als auch EADS standen bei Kampffjet-Beschaffungen im Ausland unter Korruptionsverdacht.

Sicherheitspolitisch unsinnig

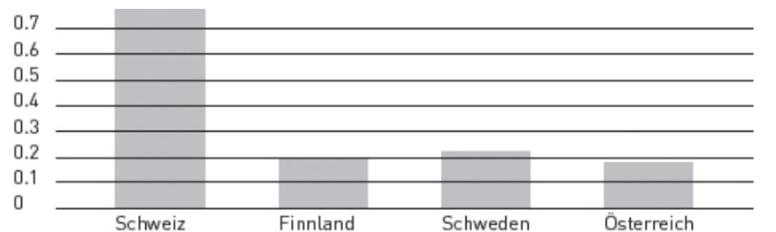
Die Armee-Planer wollen uns einreden, dass die Sicherheit am Schweizer

Himmel nur mit neuen Kampfflugzeugen gewährleistet werden könne. Die Argumentation mit dem so genannten Luftpolizei-Dienst ist absurd: Für die Luftpolizei braucht es weder Luft-Boden-Raketen noch Kampfflugzeuge. Die Anschläge auf die USA am 11. September 2001 haben gezeigt, dass auch die grösste und stärkste Luftwaffe der Welt einen Terroranschlag nicht verhindern kann. Zudem verfügt die Schweizer Luftwaffe bereits heute über viermal mehr Kampffjets pro Fläche als vergleichbare europäische Staaten wie die neutralen und bündnisfreien Staa-

ten Finnland, Schweden und Österreich.

Überdimensioniert

Die Schweiz hat mit den bestehenden 33 F/A-18 Kampfflugzeugen bereits heute eine stark überdimensionierte Luftwaffe, wie der Vergleich mit anderen bündnisfreien Staaten zeigt: Die Schweiz verfügt über fast 0.8 Jets pro 1'000 Quadratkilometer. Das Nachbarland Österreich mit einer vergleichbaren Topographie hat viermal weniger Flugzeuge. Nach der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge wäre das Missverhältnis noch grösser.



Kampfflugzeuge pro 1000 km² von bündnisfreien, europäischen Staaten (ohne den Kauf neuer Kampffjets!)

Jetzt unterschreiben!

Unterschreiben Sie auf untenstehendem Bogen und lassen Sie von Ihren Nachbarn und Bekannten aus derselben Gemeinde auch unterschreiben. Jede Unterschrift ist eine Unterschrift für die Vernunft!

Eidgenössische Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 10. Juni 2008; Ablauf der Sammelfrist: 10. Dezember 2009

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu) Übergangsbestimmung zu Art. 60 (Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee)

¹ Der Bund beschafft bis zum 31. Dezember 2019 keine neuen Kampfflugzeuge.

² Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2019 erfolgt.

Auf dieser Liste können nur **Stimmberechtigte** unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es **handschriftlich** unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich **strafbar** nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	PLZ	Politische Gemeinde					
Nr	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift (eigenhändig)	Kontrolle (leer lassen)	Schickt mir bitte weitere Infos (hier ankreuzen)	
1							
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Angele Patrick, Stettbachstrasse 44, 8600 Dübendorf; Bloch Süss Monika, Bruneggweg 4, 8002 Zürich; Bodenmann Peter, Englisch-Gruss-Strasse 6, 3920 Brig-Glis; Bühlmann Cécile, Guggistrasse 17, 6005 Luzern; Carobbio Guscetti Marina, Via Tamporiva, 6533 Lumino; Daguet André, Rathausgasse 62, 3011 Bern; Dolivo Jean-Michel, Avenue Vinet 14, 1004 Lausanne; Graf Maya, Unter der Fluh 22, 4450 Sissach; Hug Christina, Freiestrasse 102, 8032 Zürich; Jobé Vivien, Milchgasse 6, 5000 Aarau; Lang Josef, Dorfstrasse 15, 6300 Zug; Leuenberger Ueli, Rue de Lausanne 95, 1202 Genève; Leutenegger Oberholzer Susanne, Dürbergstrasse 8, 4132 Muttenz; Maury Pasquier Liliane, Avenue de Crozet 2, 1219 Châtelaine; Moosmann Reto, Engehaldenstrasse 202, 3004 Bern; Morel Gaëtan, Rue Rousseau 1, 1201 Genève; Recordon Luc, Lussex 1, 1008 Jouxten-Mézery; Regli Nina, Beulweg 22, 8853 Lachen; Ruch Rahel, Nordring 14, 3013 Bern; Savoia Sergio, Via Mezzavilla 17, 6503 Bellinzona-Carasso; Schnebli Tobias, Rue de Bâle 17, 1201 Genève; Stegmaier Michael, Hohlstrasse 27, 8004 Zürich; Surber Bettina, Rosenbergstrasse 79, 9000 St. Gallen; Trede Aline, Sonneggweg 17, 3008 Bern; Weibel Andreas, Kapellenstrasse 26, 3011 Bern; Willa Anne-Christine, Rue Plane-ville 8, 1955 Chamossion; Zürcher Werner, Gantrischweg 7, 3076 Worb

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____ Datum: _____

Eigenhändige Unterschrift: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel

Bitte die Liste vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurücksenden an das Initiativkomitee: **Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, Postfach, 8031 Zürich**, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Weitere Unterschriftenlisten, Faltprospekte und Argumentarien können bestellt werden bei: Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA, Postfach, 8031 Zürich, via Website www.gsoa.ch oder telefonisch unter 044 273 01 00.

Friedenspolitische Initiativen

Geforderter Bundesrat

Der Bundesrat lehnt die Initiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterial-Exporte» ohne Gegenvorschlag ab. Das Volksbegehren wurde am 21. September 2007 mit 109'224 gültigen Unterschriften vom «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte» eingereicht, an dem mehrere Dutzend Organisationen beteiligt sind. Eine weitere Initiative steht kurz vor dem Abschluss: Jene zum Schutz vor Waffengewalt.

Von Heinrich Frei

Bundesrätin Doris Leuthard liess zur Ablehnung der Initiative gegen Kriegsmaterial-Exporte verlauten, sie wolle immerhin die Kriegsmaterialverordnung präzisieren. Sie wolle festschreiben, dass Waffenexporte in Zukunft nicht mehr bewilligt werden, wenn das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen Konflikt verwickelt ist. Die Bundesrätin will Rüstungsexporte nach Ländern, in denen Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt werden, gar verbieten. Falls diese «Präzisie-

ersten Halbjahr 2008 die helvetischen Kriegsmaterialexporte um fast zwei Drittel in die Höhe geschwollen sind. Zu den Abnehmern von Schweizer Waffen gehörten in diesem Jahr wiederum Staaten wie die USA, Grossbritannien und Mitglieder des Nato Militärpaktes die im Irak und in Afghanistan Krieg führen. Der grösste Abnehmer von helvetischen Rüstungsgütern war im ersten Halbjahr jedoch Pakistan. Dieses Land kaufte Kanonen und Granaten von Oerlikon-Contraves, von einer Firma die dem deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall gehört. Pakistan hat den Atomwaffensperr-

vertrag nicht unterzeichnet und stand in den letzten Jahrzehnten dreimal mit Indien im Krieg. Gedroht wurde im Konflikt mit Indien von Pakistan auch schon mit dem Einsatz von Atombomben. An der Grenze zu Afghanistan finden täglich Gefechte statt und die politische Lage in Pakistan ist nach der Ermordung von Benazir Bhutto instabiler denn je. Viele Menschen in Pakistan leben im Elend und die Menschenrechte werden mit Füssen getreten. Im Tschad warf ein Pilatus-Flugzeug vom Typ PC 9 Ende Januar 2008 Clusterbomben auf Rebellen ab. Die Firma Pilatus AG in Stans produziert Trainingsflugzeuge, die zu einem grossen Teil für Streitkräfte produziert werden.

Die Initiative kommt vermutlich im Frühjahr 2009 zur Abstimmung.

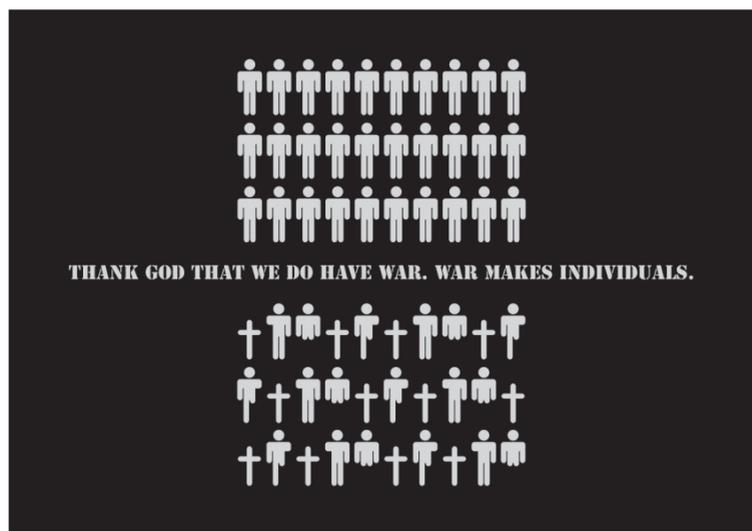
Schutz vor Waffengewalt

Heute sind in der Schweiz rund 2,4 Millionen Schusswaffen im Umlauf. Ein Grossteil davon sind Armeewaffen, die in den Haushalten der Armeeingehörigen aufbewahrt werden. Bis vor kurzem hatte der Wehrmann Taschenmunition zu Hause, versiegelte Kriegsmunition für den Ernstfall. Auch nach Ende der Militärdienstpflicht behalten viele Bürger der Eidgenossenschaft ihr Sturmge- wehr oder ihre Pistole. Alle diese Feuerwaffen stellen ein grosses Sicherheitsrisiko dar. Immer wieder kommt es mit Armee- und anderen Waffen zu Suiziden und Morden. Allein durch Armeewaffen sterben in der Schweiz jedes Jahr rund 300 Menschen. Laut Dr. med. Hans Kurt, Präsident der Schweiz. Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, «sind Schusswaffen in der Schweiz die häufigste Suizid-Methode, was vor allem auf Waffensuizide bei Männern zurückzuführen ist (Anteil: 36 %). Suizide und Suizidversuche stellen nur selten von langer Hand vorbereitete Handlungen dar. In der Mehrzahl der Fälle entspringt die suizidale Handlung einer krisenhaften Situation. Sie erfolgt ohne lange Überlegungen, sondern vielmehr als impulsive Handlung. Bei einer breiten Verfügbarkeit von Waffen steigt das Risiko für Suizide und Tötungsdelikte.»

Gewehre ins Zeughaus

Die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt» will nun das grundsätzliche Recht auf eine Waffe aufheben. Waffenbesitz soll nur noch in Ausnahmefällen erlaubt werden (Polizei, Jäger, Sportschützen). An abtretende Wehrmänner dürften nach Ende der Dienstpflicht keine Waffen mehr abgegeben werden. Weiter sollte der Soldat, wie in anderen Armeen, sein Sturmge- wehr oder seine Pistole nicht mehr zu Hause lagern. Armeewaffen müssten in Zukunft in gesicherten Räumen der Armee aufbewahrt werden. Schliesslich fordert die Initiative die Einführung eines nationalen Waffenregisters und ein Verbot von besonders gefährlichen Waffen, wie Pump Actions.

Bis August 2008 wurden für dieses Begehren 100'000 Unterschriften gesammelt. Voraussichtlich wird die Initiative «Schutz vor Waffengewalt» im Herbst dieses Jahres eingereicht und kommt in etwa zwei Jahren zur Abstimmung.



«Gott sei Dank gibt es Kriege. Kriege schaffen Individuen...» (Bild B. Aichinger)

rungen» von Bundesrätin Leuthard nicht nur Papier bleiben, müssten bald die meisten heutigen Kriegsmaterial- exporte eingestellt werden. Die wichtigsten Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial, die USA, Grossbritannien und die NATO-Staaten führen nämlich laufend irgendwo Krieg, heute im Irak und in Afghanistan. Die USA liessen auch Somalia wiederholt bombardieren, um Al Kaida Terroristen zu liquidieren, getötet durch die Bomben wurden dann in somalischen Dörfern wie im Irak und in Afghanistan Zivilisten. Etliche heutige Empfänger von helvetischen Waffen sind Staaten, die Menschenrechte krass verletzen. Die USA haben in Guantanamo, in Abu Ghraib und in anderen ausländischen Kerkern foltern lassen, sie liessen sogar Menschen in ausländischen Staaten entführen. Auch in den Gefängnissen «unserer» Waffenkunden Pakistan, Saudiarabien, Ägypten und der Türkei werden bekanntlich Häftlinge immer wieder misshandelt.

Abnehmer nicht stubenrein

Die Welt würde ein klein wenig anders aussehen, wenn die kleine neutrale Schweiz, die dem Frieden und den Menschenrechten verpflichtet ist, kein Kriegsmaterial mehr exportieren würde. Genf ist Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und die Schweiz ist Depositärstaat der Genfer Konventionen. Unser Land hätte damit eine besondere Verantwortung für das humanitäre Menschenrecht. Für das Ausland ist es schlicht unverständlich, dass die neutrale Schweiz weltweit mit Waffen- exporten Kriege schürt, Rüstungsgüter an kriegführende Staaten verkauft, an folternde Regimes und in Regionen, in denen Menschen hun-

gert. Wie dringend ein Verbot von Rüstungsexporten ist zeigt, dass im



30 Jahre «Unsere Welt»

Mit Ausstellung, Apero und Musik feierte die Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung UNSERE WELT am 18. Mai 2008 im Basler Volkshaus ihren 30. Geburtstag.

Weltweite Rüstungsausgaben in Rekordhöhe

Im Rüstungsrausch

Die weltweiten Militärausgaben sind im vergangenen Jahrzehnt um 45 Prozent gestiegen. Allein im Vorjahr gaben die Staaten 1,4 Billionen Dollar für Rüstungszwecke aus, wie das Friedensforschungsinstitut SIPRI bei der Vorstellung seines Jahresberichts in Stockholm erklärte.

Von Olaf Standke

Als sich die Vertreter von 180 Ländern zum Welternährungsgipfel trafen, wurde um jeden Dollar Unterstützung für die Hungernden gefeilscht. Über 860 Millionen unterernährte Menschen kämpfen in vielen Regionen buchstäblich ums nackte Überleben. Am Ende gab es in Rom Hilfszusagen mehrerer Länder und Institutionen in einer Gesamthöhe von 6,5 Milliarden Dollar, auf konkrete Verpflichtungen konnte man sich ansonsten aber nicht einigen. Am fehlenden Geld kann es nicht liegen, wie das gestern vorgestellte neue Jahrbuch des renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) zeigt. Die weltweiten Militärausgaben sind im vergangenen Jahr erneut um sechs Prozent gestiegen und haben mit 1,4 Billionen Dollar eine Rekordmarke erreicht.

Der Löwenanteil geht dabei auf das Konto der USA. Die Supermacht hat ihr Rüstungsbudget seit den Anschlüssen vom 11. September 2001 um rund 60 Prozent erhöht. Der von Präsident George Bush ausgerufenen «Antiterrorkrieg», die Feldzüge in Irak und Afghanistan – all das verschlingt Jahr für Jahr Unsummen. 2007 waren es nach SIPRI-Berechnungen 547 Milliarden Dollar. Damit entfallen inzwischen 45 Prozent der globalen Rüstungsausgaben auf die USA, die für ihre militärischen Ziele mehr verpulvern als alle anderen NATO-Staaten zusammen und fast zehn Mal so viel wie etwa das gern für seinen expandierenden Verteidigungsetat gescholtene China. Aber auch mit Blick auf den einstigen und fast schon wieder Erzfeind Moskau hat Washington mit der Politik der NATO-Ostausdehnung und eines bis vor die Grenzen Russlands geplanten Systems der nationalen «Raketenabwehr» ein neues Wettrüsten initiiert.

Die höchsten Steigerungsraten bei der Rüstung in den vergangenen zehn Jahren verzeichneten mit einem Plus von 162 Prozent die Staaten Osteuropas einschliesslich der früheren Sowjetrepubliken. Der weltweite Zuwachs lag bei 45 Prozent. Nirgendwo wächst das Rüstungsbudget zur Zeit so schnell wie in Russland. Moskau stockte den Etat im Vorjahr um 13 Prozent auf, mehr als doppelt so stark wie der Durchschnitt aller von SIPRI

analysierten Staaten. Mit Ausgaben von 35,4 Milliarden Dollar rangiert Russland allerdings noch hinter Deutschland auf Rang sieben der Rüstungsstatistik.

Als dringend überfällige Antwort auf diese Entwicklung forderte SIPRI-Chef Bates Gill eine «Wiederbelebung der internationalen Rüstungskontrolle». Es gebe auch zunehmend einen Konsens, dass ernsthafte und wirksame Abrüstungsschritte notwendig seien; solche Massnahmen lägen im Interesse von Regierungen wie der Öffentlichkeit. Gill hofft dabei besonders auf «neue Chancen und Öffnungen» durch den Wechsel im Weissen Haus. Das Stockholmer Institut sieht die USA in Sachen Abrüstung in einer Schlüsselposition.

Vor allem die riesigen Atomwaffenarsenale bereiten den Konfliktforschern Kopfschmerzen. Inzwischen acht Staaten verfügten fast zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges noch immer über insgesamt gut 25 000 nukleare Sprengköpfe, von denen 10 200 gefechtsbereit seien. Während die Vereinbarungen über Rüstungskontrolle oder Nichtweiterverbreitung «entweder schwanken oder kaum Fortschritte machen», wie es im SIPRI-Jahrbuch heisst, arbeiten die USA und Russland zielstrebig an einer Modernisierung ihrer nuklearen Arsenale.

Auch beim internationalen Waffenhandel liegen die USA mit einem Marktanteil von 31 Prozent vor Russland und Deutschland vorn. Und auch hier wuchs das Gesamtvolumen in den vergangenen Jahren deutlich, so dass die Waffenströme in die Krisen- und Konfliktregionen nicht versiegten. Mit 14 blieb die Zahl der Kriege laut SIPRI im Vorjahr gegenüber 2006 unverändert. Generell sei die Definition und Eingrenzung von Kriegen durch die «fragmentierte Anwendung militärischer Gewalt und die Zersplitterung beteiligter Akteure» kompliziert geworden, meinen die Wissenschaftler. Unbestritten aber sollte sein, dass so wie Waffenexporte auch Unterentwicklung und Hunger gerade in Afrika und Asien immer wieder zum Ausbruch gewaltsamer Konflikte und Kriege beitragen.

(Quelle: Neues Deutschland. Auf www.sipri.org, der Webseite des Friedensforschungsinstitutes, ist nächstens eine deutsche Kurzfassung des Jahrbuches erhältlich.)



Der Einsatz von Soldaten bei der Fussball-EM

Sicher ins Finale

Österreich und die Schweiz haben mit der Fussball-EM einen Schritt in der «Sicherheitspolitik» nachvollzogen, den die meisten EU-Staaten bereits hinter sich haben.

Von Uwe Reinecke

Das österreichische Bundesheer gab sich im April für die UEFA-EM im Juni 2008 das Motto «Sicher ins Finale». Bekanntlich schied Österreich als schlechtesten Gastgeber der EM-Geschichte bereits in der Vorrunde aus, aber militärisch betrachtet, bedeutet die Fussball-EM ein Sieg der verordneten «Sicherheit». Auch in der Schweiz, dem zweiten Gastgeber, setzte schon lange vor Beginn der EM eine Ausweitung der Armeebefugnisse für Einsätze im Innern ein. Sowohl in Österreich als auch in der Schweiz wurde dabei ein Schritt in der Sicherheitspolitik nachvollzogen, den die meisten EU-Staaten bereits hinter sich haben.

Erfahrungen aus Deutschland während der FIFA-WM 2006 wurden aufgegriffen. Wenn es auch in den betroffenen Staaten Kritik von unterschiedlichsten Seiten gab, bekamen und bekommen die Armeen Befugnisse und Waffen zur Verfügung gestellt, die nicht der Landesverteidigung gegen äussere Angreifer, sondern allein dem Zweck der «Aufstandsbekämpfung» gegen im Innern des eigenen Staates entdeckte Feinde dienen. Kritik daran von unerwarteter Seite sprach Jean Pierre Monti, der Generalsekretär des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB), bereits im November 2002 aus:

«Es kann nicht angehen, dass Kräfte mit kombattantem Status zivile polizeiliche Aufgaben übernehmen und die Polizei belasten, nur weil die Landesregierung im Streit um die innere Sicherheit offenbar nicht mehr den politischen Willen hat, eine klare Trennung zwischen dem Gewaltmonopol von Polizei und Militär aufrechtzuerhalten. Der VSPB verlangt vom Bundesrat, dass der polizeiliche Bereich der inneren Sicherheit nach wie vor von Polizistinnen und Polizisten wahrgenommen wird, die dafür ausgebildet sind und nebst den beruflichen auch über entsprechende soziale Kompetenzen verfügen.» Diese Kritik wurde von den Regierungen schnell verworfen und nicht weiter beachtet.

Übungen wie «Wachhund 99» im Jahr 1999 in Österreich und reale Einsätze der Armee zur Erlangung von Erfahrungen, wie während der FIFA-WM 2006 in Deutschland, dienen dagegen der «Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten» von Armeen im Innern gegen eigene Staatsbürger und damit der Gewöhnung an militärische Einsätze im zivilen Leben.

Grundlagen

Während das deutsche Grundgesetz der Bundeswehr im Art. 87a einem Einsatz im Innern strikte Grenzen setzt, benennt die Schweiz in ihrer Bundesverfassung der österreichischen sehr ähnliche Befugnisse der Armee (Art. 58):

(1) Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.

(2) Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

Im schweizerischen Militärgesetz von 1995 (§§ 67, 70, 92) und in der Verordnung über Polizeibefugnisse der Armee von 1994 (Art. 4) wurde

detailliert geregelt, dass zum Erhalt der «Inneren Sicherheit» der Armee verschiedene Massnahmen wie Passkontrollen, Vernehmungen, Durchsuchung der mitgebrachten Gegenstände, Platzverweise und Festnahmen bis hin zum Waffengebrauch erlaubt sind. Diese gesetzlichen Regelungen wurden im Zusammenhang mit den Weltwirtschaftsforen in Davos eingeführt.

Die Erfahrungen der Schweizer Armee im Bereich der «Inneren Sicherheit» konnten durch die Erfahrungen der deutschen Polizeien und der Bundeswehr während der FIFA-WM 2006 ergänzt werden. Denn Fussballfans sind nicht per se systemkritisch und wollen auch nicht protestieren. Sie wollen in erster Linie feiern und gemeinsam Spass haben. Das gilt es staatlich zu kanalisieren. Polizei und Bundeswehr haben vor zwei Jahren «gut zusammen gearbeitet», wie in einer Mitteilung des deutschen Bundesinnenministeriums bilanziert wurde. Etwa 2.000 Soldaten waren damals in die Stadien der WM (in ziviler Kleidung) kommandiert worden. Auch kam die NATO mit ihren AWACS-Kriegsfliegern zum Einsatz. Das sollte sich nun alles wiederholen.

Kooperativer Einsatz im Innern

Schon lange vor Beginn der EM wurden zur Koordination mehr oder weniger regelmässige Treffen der Organisatoren der EM mit Polizei- und Militärkräften organisiert. Vertreter der Polizeien und der Armeen Österreichs, der Schweiz und Deutschlands nahmen daran teil. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Planung für die EM wurden als Ziele benannt. Konkret wurden dabei Amtshilfen abgesprochen. Dies geschah von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, obwohl die Tatsache der Treffen nicht geheimlich wurde. Einige Ergebnisse der Treffen wurden noch vor Beginn der EM veröffentlicht. Allerdings sind die Informationen über den finanziellen Aufwand und über die eingesetzte Ausrüstung in den Staaten unterschiedlich genau.

So stellte die deutsche Bundeswehr im grenznahen Raum Kasernen zur Unterbringung von Kräften der Bundespolizei und/oder Sanitätsdiensten zur Verfügung (z.B. Prinz-Eugen-Kaserne München aber auch Liegenschaften in Kempten und Mühlheim).

In Klagenfurt und Wien (Spielorte des DFB in der Vorrunde) sowie in Basel (Spielort des DFB im Viertel- und Halbfinale) war ein massives Aufgebot deutscher Polizei zu sehen. Die Bundeswehr war wohl in beiden Staaten nicht öffentlich aktiv. Allerdings stellte die Bundeswehr in Messstetten zwei Verbindungsoffiziere für den Polizei-Hubschrauber-einsatz zur Verfügung. Ferner half die Bundeswehr beim Abgleich von Halterinformationen für KfZs und im taktischen Bereich im Radar- und Funkdienst während der EM. Davon und besonders von den Luftlageinformationen der Bundeswehr profitierten absprachegemäss auch entsprechende Stellen in Österreich und der Schweiz.

Einsatzbeispiele

Die NATO stellte wieder ihre AWACS-Kriegsflieger zur Überwachung des Luftraums zur Verfügung. In diesen Kriegsflugzeugen «arbeiten» grösstenteils Bundeswehr-Soldaten.

In Österreich wurden von der Bundesregierung 3 000 Soldaten für den

Einsatz im Innern abgestellt. 1,7 Millionen EUR wendete das Bundesheer auf, um den österreichischen Bundesländern finanziell zu helfen, die «Sicherheit» zu gewährleisten (Communiqué des Verteidigungsministers).

Österreichs Armee trat hier besonders mit Helikoptern und Abfangjägern zur Überwachung des weiträumigen Überflugverbotes (zwei Stunden vor Spielbeginn bis ebenso lange nach Spielschluss) in Erscheinung.

Das Militärkommando Kärnten hatte am ersten Spieltag in Klagenfurt nach eigenen Angaben 600 Soldaten im Einsatz: Spitäler, Fernmeldespezialisten, Sanitätskräfte, Versorgungseinheiten, Fliegerkräfte und ABC-Abwehrkräfte (sic!) hielt das Militärkommando für die Sicherheit rund um die EM bereit und war damit (Zitat) «auf jede Eventualität vorbereitet.»

Mehrere Polizeieinheiten wurden in insgesamt vier Kärntner Kasernen untergebracht. Das Catering für diese Polizeikräfte und das Österreichische Rote Kreuz wurde durch das Bundesheer organisiert. Ähnlich war es an allen anderen Spielorten in Österreich.

Da die österreichische Armee über keine unbemannten Drohnen zur Überwachung des Luftraums verfügt, übernahm die Schweizer Armee diese Aufgabe alleine. Kurz vor Beginn des Spiels Österreich gegen Deutschland überflogen zwei Abfangjäger (Länderkennung unklar, aber wahrscheinlich Österreich) die Millionenstadt Wien und das Ernst-Happel-Stadion. Der Sinn dieser Aktion konnte nicht geklärt werden, denn einen Luftzwischenfall (Angriff feindlicher Flugzeuge oder eine Flugzeugentführung), der den Start der Abfangjäger erforderlich gemacht hätte, gab es laut offizieller Presseerklärung nicht.

Der Schweizer Bundesrat hatte vor Beginn der EM bis zu 15 000 Soldaten für den Einsatz im Innern während des Fussballturniers bewilligt, die wohl doch nicht alle abgerufen wurden. Neben den bereits erwähnten Drohnen kamen an den Spielorten zahlreich Helikopter zur Überwachung der Menschenströme zum Einsatz und Abfangjäger zur grossräumigen Luftraumüberwachung. Darüber hinaus wurden um die offiziellen Fanzonen und um die Stadien herum besondere «Sicherheitszonen» eingerichtet, die das unbegründete Aussprechen von Platzverweisen und den Gebrauch polizeilicher sowie militärischer Gewalt gegen Privatpersonen erleichtern sollten. Ferner wurden an allen Spielorten und Spieltagen jeweils 100 bis 150 Sanitätskräfte abgestellt.

Fazit

Der militärische Aufwand für die Durchführung der UEFA-EM war riesig und entsprach einer abstrusen Gefahrenprognose. So wurde – ohne die Quellen zu nennen – von österreichischen Sicherheitskräften in Klagenfurt behauptet, dass «wir leider ganz andere Erkenntnisse über Gewalt haben. Auch bei der WM in Deutschland gab es viel Gewalt und alles wurde verschwiegen! Deswegen sind wir hier.» Zusätzlich wurde von Behörden und Polizei unter Mithilfe einer bereitwilligen Presse in Österreich ein Gewaltscenario entworfen, das «600 zusätzliche Vergewaltigungen» während der EM erwarten liess. So sei es jedenfalls bei der WM vor zwei Jahren gewesen (die Quelle für diese Behauptung wurde nicht genannt).

Die derart erzeugte Gewaltangst und das daraus resultierende staatlich erwünschte «Sicherheitsverlangen» der Bevölkerung bereiteten den Boden für diese massive Militärpräsenz – auch wenn völlig unklar ist, was Soldaten etwa gegen Vergewaltigungen, die ja häufig eher abseits des Geschehens stattfinden, für eine Wirksamkeit haben.

Das zumeist besonnene Verhalten der Fans und der anderen Touristen liessen Polizei und Armee aber wenig Möglichkeiten, die vorher herbei geredeten Gewalttaten auch zu bekämpfen.

Die Fussball-EM wurde von den drei Regierungen Österreichs, der Schweiz und Deutschlands genutzt, das Militärische wieder einmal als normal und notwendig erscheinen zu lassen. Dies scheint offenbar auch gelungen zu sein. Ausser ein paar Fanorganisationen, die unter dem Motto «Fussballfans sind keine Verbrecher» sich zu wehren versuchten, gab es wenig Protest gegen den massiven Polizei- und Armee-Einsatz während der EM. Ganz im Gegenteil, es wurde meistens Verständnis geäussert und zaghafte Versuche, sich dem Kontrollzwang zu entziehen, wurden von den anderen Passanten mit Unmut beantwortet. Das war besonders an den Ein-

gängen zu den Fanzonen zu beobachten. Insofern hat die staatliche «Sicherheit» 3:0 gegen die Freiheit gewonnen.

Aussicht

Das Militär ergreift zunehmend das Zepher auch im internationalen Sport. Militärs erheben nicht nur den Anspruch, sportlich zu sein, sondern der Sport selbst wird zunehmend militärisch.

Dagegen und überhaupt gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft im Allgemeinen und des Sports im Speziellen gilt es sich zu wehren. Dazu sind Vernetzungen der antimilitaristischen Bewegung mit Sportfans möglich und nötig.

Quelle: IMI-List – Der Infoverteiler der Informationsstelle Militarisation, Hechingerstr. 203, D-72072 Tübingen imi@imi-online.de

Buchbesprechung

Der Kalte Krieg und die Schweiz

Peter Veleff: «Angriffsziel Schweiz? – Das operativ-strategische Denken im Warschauer Vertrag mit Auswirkungen auf die neutralen Staaten Schweiz und Österreich» (orell füssli 2007).

Von Anoinette Mächtlinger

Peter Veleff kennen wir als Autor des Buches «Spionageziel Schweiz?» (2006), in dem er die Aktivitäten der Geheimdienste der DDR in der Schweiz darstellt. Seine neuste Untersuchung gilt der militärischen Planung des Warschauer Pakts in Bezug auf die neutralen Staaten Schweiz und Österreich. Als Grundlagen für seine Forschung dienen Veleff wiederum Quellen, zu denen er sich durch seine Insider-Erfahrung einen besondern Zugang verschafft hat: einerseits die Akten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR, andererseits Gespräche mit deren hochrangigen Vertretern, z.B. dem ehemaligen Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Kessler oder dem Chef des Hauptstabes Theodor Hoffmann.

Wie schon in seinem letzten Buch geht Veleff wissenschaftlich vor, belegt jedes Zitat mit genauer Quellenangabe und bereichert seine Darstellung mit Angriffsplänen, Karten, Originalkopien geheimer Dokumente. Trotzdem ist das Buch auch für Laien durchaus lesbar. Und lesenswert.

Die Frage, ob die Schweiz als neutrales Land ein Angriffsziel für den Warschauer Pakt dargestellt habe, wird akribisch untersucht und letztlich deutlich negativ beantwortet, aber viel interessanter scheinen mir die Passagen, in denen aufgezeigt wird, wie im Kalten Krieg auf beiden Seiten die Bedrohungslage empfunden, gedeutet und missdeutet wurde. Zum Beispiel die Strategie der «Vorwärtsverteidigung» der Sowjetunion.

Dieser Strategie widmet der Autor grosse Aufmerksamkeit. Gleich zu Anfang listet er die Gründe des sowjetischen «Traumas» auf: die mangelnde Vorbereitung auf den Überfall durch die Hitlerarmee 1941, die über 20 Millionen Toten, die totale Verwüstung Westrusslands. Und die daraus folgende Überzeugung, die dem Wiederaufbau der Armee zu Grunde liegt: dass nie mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgehen, dass die eigene Armee nie mehr unvorbereitet überfallen werden, dass ein Krieg, sollte er unvermeidlich sein, nie mehr auf eigenem Territorium ausgetragen werden dürfe.



So wird wenige Tage, nachdem im Westen die BRD in die NATO einbezogen worden ist (Mai 1955), im Osten der Warschauer Vertrag unterzeichnet. Und die Geschichte des Kalten Kriegs nimmt ihren Lauf.

Weiter ins Detail zu gehen, würde den Rahmen der Rezension sprengen. Darum seien hier zwei Zitate aus unterschiedlicher Position angeführt, die beim Leser vielleicht die Neugier auf das ganze Buch wecken könnten.

Das erste stammt vom westdeutschen Militärexperten Harald Nielsen: «Die militärischen Planungen und Überlegungen der Sowjetunion gingen stets davon aus, dass ein Krieg in Mitteleuropa von der NATO begonnen würde. Das ist zwar einigermaßen unverständlich, wenn man unterstellt, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten aus den unterschiedlichsten Quellen ständig genauestens über die Stärke, die Fähigkeiten und die Absichten der NATO unterrichtet waren, muss aber wohl als Tatsache hingenommen werden.»

Das zweite stammt vom ehemaligen DDR-Oberst Karl Rehbaum: «Noch bis 1990 wurde seitens der NATO wider besseres Wissen behauptet, der Warschauer Vertrag habe die Absicht, die NATO-Staaten anzugreifen. Wir nannten dies eine Bedrohungslüge! Die NATO wusste nach unserer Erkenntnis genau, dass der Warschauer Vertrag nicht die Absicht hatte, dies zu tun, und dessen strategische Konzepte auf Verteidigung ausgelegt waren.»

Wer sich für die Weiterentwicklung und die Veränderungen im Kräfteverhältnis der beiden Supermächte interessiert, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen.

Peak Oil und

Das Ende der billigen Energie

Experten sehen den Peak Oil, den Zeitpunkt, nach dem die weltweite Öl-Fördermenge nur noch abnehmen kann, in nächste Nähe gerückt. Mit zunehmender Verknappung des Angebots werden alle fünf Geostrategen, also China, Russland, Indien, die EU und die USA, gezwungen sein, ihre Aussenpolitik im Zeichen des Öls zu intensivieren.

Von Andreas Moser

Der weltweit wichtigste Energieträger, das Erdöl, befindet sich bei Preisen von über 100 USD pro Barrel (1 Fass = 159 Liter) auf absoluten und relativen Rekordhöhen. Vor zehn Jahren noch schwankte das Fass um die 20 USD. Aufgebrachte Fischer und LKW-Fahrer in Frankreich, Italien, Portugal und Spanien wissen in ihrem Unmut über die gestiegenen Betriebskosten jedoch selbst nicht genau, an wen sie sich mit ihrem Protest wenden sollen.

Von Sachverständigen wird eine ganze Reihe von Gründen aufgeführt, welche den Teuerungsschub bewirken könnten. Sind es einmal die unerwartet niedrigen Lagerbestände in den USA, so werden von einer weiteren Seite Terrorismus und die Angst vor Konflikten im Iran oder anderen Erdöl-Staaten als Erklärungen herangezogen. «Wir befinden uns ganz klar im dritten Ölpreis-Schock» befindet im Juni '08 der Generalsekretär der Internationalen Energieagentur, IEA, Nobuto Tanaka. Er beurteilt die Situation denn auch mit einem fundamentalen Anstieg der Nachfrage, gegeben hauptsächlich durch den wirtschaftlichen Aufholkurs Indiens und Chinas und mit einer mangelnden Versorgung durch die Förderländer. Dem entgegen wehrt sich Opec-Präsident Shakib Khali, es werde gegenwärtig mehr Öl gefördert als benötigt. Schuld an den exorbitanten Preisen seien Spekulationen an den Terminmärkten. In der Tat haben die Anlagen in Rohstoff-indizes in den vergangenen fünf Jahren von 13 auf 215 Mia. USD zugenommen.

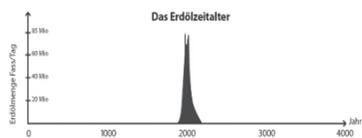
Auch die Menge Erdöl, die täglich gefördert wird, befindet sich auf Rekordhöhe und korreliert mit dem weltweiten Verbrauch von 87 Millionen Barrel pro Tag. Bis 2013 soll gemäss IEA die globale Nachfrage um weitere 20% steigen. Die nicht der Opec zugehörigen Förderstaaten befinden sich allerdings bereits auf ihrer maximal möglichen Produktion, was etwa 60% des heutigen Gesamtvolumens ausmacht. Demnach müsste der Bedarf durch Förderquotenerhöhung der Opec gedeckt werden.

Irgendwann ist Schluss

Ein Blick auf die *Fundamentals*¹ gibt den ersten Hinweis auf eine grundlegende Wende in ein neues Energie-Zeitalter. Er zeigt: Das billige, qualitativ hochwertige, leicht zu fördernde Öl, das unter Eigendruck sprudelt sobald man es anbohrt, geht allmählich zu Ende.

Die Fachdebatte um den sogenannten Peak Oil gelang angesichts der Höhe der Benzinpreise in der letzten Zeit vermehrt in den Fokus der Medien. Grundlage hierbei sind die Tatsachen, dass die Menschheit heute das Erdöl braucht wie ein Süchtiger seinen Stoff und dass das Erdöl eine begrenzte fossile Ressource ist, die irgendwann ausgehen wird. Mit dem Peak Oil wird die Wende im Ölzeitalter, in dem wir uns historisch gesehen befinden, eingeläutet. Er bezeichnet nicht dessen Ende, sondern die Mitte. Der Zeitpunkt also, an dem weltweit am meisten Öl an einem Tag gefördert wird. Danach wird die Fördermenge kontinuierlich abnehmen, während die Preise unaufhaltsam steigen werden. Jedes Ölfeld und jedes Förderland hat einen Peak, wie er schon 1956 vom Geologen M. King Hubbert für die USA für 1970 anhand einer

Glockenkurve richtig vorausgesagt wurde. Heute haben bereits 49 der 65 Länder mit Ölvorkommen ihren nationalen Peak überschritten, darunter Regionen wie die Nordsee, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela. Dass auch der weltweite Peak existiert, wird von niemandem bestritten, auch nicht von der Erdölvereinigung Schweiz, bzw. der IEA. Deren Prognosen setzen ihn allerdings nicht vor 2030 bei einer globalen Fördermenge von 125 Mio. Fass täglich an.

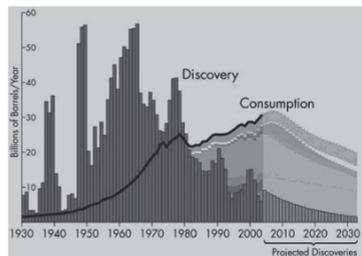


Das Erdölzeitalter als kurzer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit. Kurve: Ganser

Vollständig abgesehen

Dass eine solche Förderquote überhaupt möglich ist, bezweifeln die Experten der Aspö, der Association for the Study of Peak Oil, die hauptsächlich aus einst bei Erdölfirmen beschäftigten Geologen, aber auch aus Journalisten und geopolitischen Forschern besteht. Sie sehen den Gipfel in unmittelbarer Nähe. Gemäss Daniele Ganser von der Universität Basel könnten wir uns bereits darauf befinden, spätestens setzt er ihn aber in «optimistischen» 20 Jahren an. Die Unsicherheit über den Zeitpunkt rührt daher, dass die Ausgangsdatenlage über bestehende Ressourcen eine weitgehend unbekannte Grösse ist. «Wir können die Opec-Zahlen glauben oder nicht» tönt es von Seiten der Aspö. Auch der Begriff der *Reserven* verleitet zu Missverständnissen, da er in seiner Abhängigkeit vom jeweiligen Ölpreis und den Förderkosten äusserst komplex funktioniert und die Reserveangaben sich daher ständig verändern.

Fakt ist: die Oberfläche unseres Planeten war bereits in den sechziger Jahren vollständig nach Öl abgesehen und nach den siebziger Jahren wurden keine bedeutenden Erdölfelder mehr gefunden wurden (s. Grafik), während der Konsum weiter ansteigt.



Die Schwarze Kurve zeigt den Konsumverlauf, welcher auf den Peak Oil zusteuert, während die grauen Balken die im Jahr gefundene Menge Öl angeben. Diagramm: Aspö Schweiz

Bei den immer besseren Suchmethoden «dreidimensionale Seismik», die seither zum Zug kommen ohne bedeutende Funde aufzuweisen, liegt es auf der Hand, dass noch zu findendes Öl uns nicht aus dem Schlamm ziehen wird. Auch die immer wieder gehörten Loblieder auf neuentdecktes Tiefseeöl in Brasilien und Nigeria oder Teersande in Kanada und Venezuela erweisen sich bei näherem Hinsehen als keine Lösung, denn ihre Förderung ist viel zu aufwändig, als dass sie dereinst die enormen Mengen Erdöl, die heute im Nahen Osten fliessen, ersetzen könnten.

Ölige Aussenpolitik

Was bedeutet Peak Oil für die Welt? Die Kriege in Irak, Afghanistan, Jugoslawien '99 und Tschetschenien werden von einigen Historikern eindeutig im Kontext des Peak Oil gelesen, denn es geht darum, sich die verbleibenden Reserven und Transportwege zu sichern. Mit zunehmender Verknappung des Angebots werden alle fünf Geostrategen, also China, Russland, Indien, die EU und die USA, gezwungen sein, ihre Aussenpolitik im Zeichen des Öls zu intensivieren. Was immer das bedeutet, wird man erst im Nachhinein wissen. Eine Verknappung des Angebots führt zudem zur massiven Verteuerung, die sich auf alle Bereiche der Lebenskosten auswirkt, und nicht zuletzt

durch das stets attraktiver werden von Biotreibstoffen auch auf Nahrungsmittel. Wie immer sind es die armen Bevölkerungsschichten, die sich das Öl als erste nicht mehr leisten können und die am meisten unter der allgemeinen Verteuerung leiden werden, während die reichen Länder noch lange ihren Erdölhunger befriedigen können.

Kopf in den Sand

Die kommende Energiekrise ist so sicher wie die Klimaveränderung, steht in einem kausalen Zusammenhang zu ihr und die Menschheit ist ihr gegenüber in selbiger Masse unvorbereitet wie reaktionsträge. Mit Ausnahme Schwedens, das bis 2020 den vollständigen Ausstieg aus dem Erdöl plant, hat noch keine Industrienation eine vergleichbare Peak-Oil Strategie entwickelt. Der Zeitgeist, den diese Haltung widerspiegelt, wird von Jeremy Leggett treffend bezeichnet:

«Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Zustand kollektiven Leugnens, das in seinem Ausmass und in seinen Folgen in der Geschichte seinesgleichen sucht.»²

Anmerkungen

¹Unter *Fundamentals* versteht man u.a. Kosten der Förderung, Reserven und Raffinationskapazitäten.

²Leggett, Jeremy: *Peak Oil. Die globale Energiekrise, die Klimakatastrophe und das Ende des Ölzeitalters*, Köln 2006

Weiterführende Hinweise

Heinberg, Richard: *The Party's over. Oil, War and the Fate of Industrial Societies*, Gabriola Island 2003

Aspö Schweiz: <http://www.peakoil.ch/home/index.htm>

Ganser, Daniele: <http://www.danieleganser.ch/home/index.htm>

Erdöl-Vereinigung Schweiz: <http://www.erdoelvereinigung.ch/de/erdoelvereinigung.aspx>

Film: Gelpke, Basil & McCormack, Ray: *The Oil Crash. A crude awakening*, Zürich 2006

USA und die Militarisierung des afrikanischen Kontinents

Sagt nein zum Africa Command

Die USA wollen permanente Militärbasen in Sub-Sahara-Afrika einrichten. Von den Demokraten kommen kaum Bedenken, auch aus dem liberalen Establishment nur ein Hauch von Kritik. Dabei wäre dies ein weiterer alarmierender Schritt zur Militarisierung des afrikanischen Kontinents.

Von Danny Glover *

Das US-amerikanische Africa Command (Africom) soll sämtliche Militär- und Sicherheitsinteressen in der Gesamtregion (einzige Ausnahme Ägypten) überwachend wahrnehmen. Am 1. Oktober 2008 wird Africom unter General William «Kip» Ward offiziell starten.

Ward sagte gegenüber dem Armed Services Committee des US-Senates, das Africom werde «afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme» suchen. Man gewann bei Wards Aussage den Eindruck, Africom sei eine gigantische Bemühung zum Wohle der Afrikaner. In Wahrheit wird Africom auf gefährliche Weise die Militärexpansion der USA überall auf der Erde fortsetzen. Eine derartige ausserpolitische Prioritätensetzung und der Einsatz von Kriegswaffen gegen Terrorbedrohungen auf dem afrikanischen Kontinent werden keineswegs zu unserer nationalen Sicherheit führen. Vielmehr wird das Africom die Bedrohungen gegen die USA anheizen. Es wird Afrika noch abhängiger machen von externen Mächten und verantwortungsvolle afrikanische Lösungen für die Sicherheitsbelange des afrikanischen Kontinents verzögern.

Die US-Militarisierung Afrikas wird zudem mit der Behauptung des Noch-Präsidenten George W. Bush begründet, das Africom werde «unser Anstrengungen verstärken, Afrika Frieden und Sicherheit zu bringen» und die «Zielsetzungen Entwicklung, Gesundheit, Bildung, Demokratie und Wirtschaftswachstum» fördern. Was die Bush-Administration verschweigt: Sicherheit für und Kontrolle über Afrikas Reichtümer und dessen natürliche Ressourcen sind von entscheidender Bedeutung für die US-Handelsinteressen – während die Konkurrenz aus China weiter wächst. Transnationale Unternehmen verlassen sich auf afrikanisches Öl, auf Uran und Diamanten – um nur einige Schätze des afrikanischen Kontinents zu nennen. Westafrika liefert zur Zeit 15% der Rohölimporte in die USA. Bis 2015, so erwartet man, wird dieser Anteil auf 25% steigen.

US-amerikanische Politiker scheinen das Vermächtnis der US-Interventionen in Afrika vergessen zu haben. Im Kalten Krieg hatten afrikanische Nationen die Rolle von Faustpfanden in Stellvertreterkriegen – mit katastrophalen Folgen für die Demokratie,

den Frieden und die Entwicklung in Afrika. In der Vergangenheit hat Amerika reaktionäre Kräfte in Afrika gestärkt – Gruppen, die Gräueltaten an Zivilisten verübten. Die (neue) verstärkte US-Militärpräsenz in Afrika wird wahrscheinlich nach demselben Muster verlaufen: Ressourcen abschöpfen und Gruppen in ihren blutigsten Konflikten unterstützen – was zu einer weiteren Destabilisierung der Region führen wird.



Africom-Kommandeur General Ward (Mitte) in Jinja mit ugandischen Stabsoffizieren und dem US-Botschafter in Uganda, Steven Browning (links). Foto Vince Crawley, U.S. Department of Defense

Die fehlgeleitete und unilaterale amerikanische Militärpolitik, die «den Menschen in Afrika» angeblich «Frieden und Sicherheit bringen» soll, hat die lokalen Konflikte angeheizt, ganze Regionen destabilisiert, Milliarden von Dollars in den Sand gesetzt und den unnötigen Tod von US-Soldaten verursacht. Die US-Bombardierung Somalias im Januar 2007 war der Versuch, angebliche islamistische Extremisten am Horn von Afrika zu vernichten. Die Bomben führten zum massenhaften Tod von Zivilisten und zum erzwungenen Exodus von Flüchtlingen in Nachbarstaaten. Was spricht dafür, dass das Africom eine Ausnahme bilden wird?

Die US-Regierung und die US-amerikanische Zivilgesellschaft hätten die Möglichkeit, eine Reihe von Initiativen auf den Weg zu bringen, um Afrika in punkto Sicherheit und Entwicklung zu unterstützen. Diese Initiativen kämen ganz ohne eine US-Militärpräsenz in Afrika aus. Die Politik gegenüber Afrika muss sich in erster Linie am Prinzip der (afrikanischen) Selbstbestimmung und Souve-

ränität orientieren, darin wurzeln. Die legitimen und drängenden Probleme der Länder Afrikas beim Thema Sicherheit und Entwicklung löst man nicht, indem man diese Länder von den USA oder einer anderen ausländischen Macht abhängig macht. Anstatt militärischer Strategien brauchen die Länder Afrikas eine sofortige Schuldentilgung, faire Handelsbedingungen und mehr Entwicklungshilfe von der Sorte, die einheimische Ansätze zum Aufbau nachhaltiger Gemeinden respektiert.

Die Politiker Amerikas sollten bedenken, dass die südafrikanische Regierung, deren Bürger einst das von

den USA unterstützte Apartheidssystem stürzten, gegen Africom sind. Auch Nigeria und die Southern African Development Community, bestehend aus 14 Nationen des (südlichen) Afrika, stellen sich gegen Africom. Weitere afrikanische Regierungen und Bürger überall auf der Welt sollten sich ihnen anschliessen, damit Afrika eigenständige starke, effektive und zeitgemässe Sicherheitskapazitäten entwickeln kann. Die progressiven amerikanisch-afrikanischen politischen Organisationen und analoge Gruppen der Zivilgesellschaft sind bislang zu ungenügend organisiert, um dieses kritische Problem dem amerikanischen Volk nahezubringen. Es ist daher dringend erforderlich, die US-Legislative davon zu überzeugen, dass sie die Militarisierung der Hilfen für Afrika stoppen und Afrikas Aufstieg zu verantwortungsvoller Selbstbestimmung gewährleisten muss.

*mit Nicole C. Lee (ZNet). Danny Glover ist ein bekannter US-Schauspieler und Bürgerrechtler. Originalartikel: *Say No to Africom*, übersetzt von Andrea Noll

Ein Angriff gegen Iran noch in der Amtszeit von US-Präsident Bush?

Teheran im Kriegsvision

Der Countdown läuft. Man fühlt sich an die Wochen und Monate vor dem 20. März 2003 erinnert, als die USA mit einer «Koalition der Willigen» Irak angriffen. Dieses Mal geht es gegen Iran.

Von Jürgen Elsässer

Wieder heisst es, ein nahöstlicher Diktator, ein Wiedergänger Adolf Hitlers, greife nach Massenvernichtungswaffen. Wieder heisst es, Israel sei tödlich bedroht, ein zweiter Holocaust werde vorbereitet.

Wieder heisst es, alle Verhandlungen scheiterten an der Starrsinnigkeit der Gegenseite, und allein eine Ultima Ratio könne noch Abhilfe schaffen: der Krieg.

Immer wieder gab es in den letzten Jahren Kriegsdrohungen gegen Iran aus Washington und Jerusalem, und immer wieder ging diese Phase hitziger Rhetorik auch wieder vorbei. Was diesen Sommer von früheren unterscheidet, ist die Besorgnis auch bei Politikern, die sich nicht durch Alarmissimus einen Namen gemacht haben. So sagte etwa Joschka Fischer am 30. Mai 2008: «So wie die Dinge aussehen, dürfte Israel Iran bald angreifen.» Und weiter: «Der Mittlere Osten treibt 2008 auf eine neue grosse Konfrontation zu.» Offensichtlich wurde der frühere deutsche Aussenminister zu dieser Warnung durch seine nach wie vor guten Kontakte in das internationale diplomatische Establishment inspiriert. Jedenfalls begann nur wenige Tage nach dem Ruf der grünen Cassandra das propagandistische Trommelfeuer.

Am 6. Juni drohte der israelische Transportminister Schaul Mofaz (Likud-Block): «Es wird unvermeidlich sein, Iran anzugreifen, um seine Atompläne zu stoppen.» Am 7. Juni sagte der israelische Infrastrukturminister Benjamin Ben-Elieser von der sozialdemokratischen Arbeitspartei: «Wir müssen ihnen (den Iranern) sagen: Wenn ihr so sehr davon träumt, Israel anzugreifen, dann wird es, bevor ihr noch zu Ende geträumt habt, kein Iran mehr geben.» Mitte Juni übten über 100 israelische Kampfflugzeuge über der griechischen Ägais den Angriff. Die Entfernung zu den hellenischen Inseln entspricht etwa der zu der in Erprobung befindlichen iranischen Atomanlage in Natanz.

Am 13. Juni fasste die Londoner «Times on Sunday» den Diskussionsstand im Weissen Haus zusammen: «Präsident George W. Bush hat der israelischen Regierung gesagt, dass er darauf vorbereitet ist, einem künftigen Militärschlag auf iranische Nuklearanlagen zuzustimmen, wenn die Verhandlungen mit Teheran zusammenbrechen, so ein hoher Pentagon-Sprecher.» Am 24. Juni sagte Bushs früherer UN-Botschafter John Bolton, Israel werde im Falle eines Wahlsieges von Barack Obama Iran angreifen. «Der wahrscheinlichste Termin ist nach unseren Wahlen und vor der Amtseinführung des neuen Präsidenten», also zwischen dem 4. November 2008 und dem 20. Januar 2009.

Am 29. Juni zitierte der britische «Telegraph on Sunday» den früheren Chef des israelischen Geheimdienstes, Shabtai Shavit: «Israel muss das iranische Atomprogramm innerhalb der nächsten 12 Monate angreifen ...» Am 21. Juli, pünktlich zum Start der neuen Atomverhandlungen zwischen Teheran und der EU am nächsten Tag, meldete sich der israelische Historiker Benny Morris im «Tagesspiegel» zu Wort: «In den kommenden vier bis sieben Monaten wird Israel die iranischen Nuklearanlagen angreifen – das ist so gut wie sicher.» Auch er sah als Wunschtermin die von Bolton genannte Periode vor dem Amtswechsel im Weissen Haus.

Morris fügte an: «Falls der Angriff misslingt, wird es im Nahen Osten höchstwahrscheinlich einen Atomkrieg geben (...).»

Mach's noch mal, Sam?

Die Zielstrebigkeit, mit der nach dem Irak-Krieg 2003 ein Überfall auf den Nachbarstaat Iran angesteuert wird, wäre schon für sich genommen atemberaubend. Was aber an Dreistigkeit nicht mehr überboten werden kann, ist die schlichte Wiederholung der Propagandalügen vom letzten Mal, als ob diese sich nicht bis auf die Knochen blamiert hätten.

Gegen Iran und seinen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad werden einfach alle Textbausteine recycelt, die schon gegen Irak und seinen Präsidenten Saddam Hussein Verwendung gefunden hatten: ein zweiter Hitler, Massenvernichtungswaffen, ein neuer Holocaust.



Jürgen Elsässer als Gastreferent an der 57. Jahrestagung der Schweizerischen Friedensbewegung in Basel. Foto UW

Lediglich ein Unterschied zur Propaganda vor dem Irak-Feldzug sticht ins Auge: Damals bemühte sich die US-Regierung immerhin noch darum, der Öffentlichkeit die Existenz der gegnerischen Massenvernichtungswaffen zu beweisen. Unvergessen wird etwa die Power-Point-Präsentation bleiben, mit der der damalige Aussenminister Colin Powell im Februar 2003 den Weltsicherheitsrat von der furchtbaren Bedrohung durch Saddam Hussein überzeugen wollte. Die fahrbaren Biowaffenlabors, die er in Schaubildern und Luftaufnahmen vorführte, erwiesen sich später als ebenso ungefährlich wie rollende Toilettenwagen. Zwei Jahre oder etwa 200 000 Tote später hatte Powell der Katzenjammer gepackt: In einem Interview mit dem US-Fernsehsender ABC sagte er im Mai 2005, er fühle sich «furchtbar» wegen seiner damaligen Falschbehauptungen. Dies sei ein «Schandfleck» in seiner Karriere, klagte Powell.

Für die Bush-Administration hatte das Debakel aber nur eine Konsequenz: Wenn sie Iran das Streben nach Massenvernichtungswaffen unterstellt, so macht sie das, anders als im Falle Iraks, nicht mit konkreten Hinweisen auf geheime Waffenlabors, Konstruktionspläne oder Vorräte von waffenfähigem Material, was sich verifizieren und gegebenenfalls widerlegen liesse (die vierteljährlichen Berichte der Atomenergiebehörde IAEA dementierten regelmässig alle Atomwaffenvorwürfe an die Adresse Teherans).

Stattdessen arbeitet man mit Unterstellungen: Dass Iran überhaupt Uran anreichern wolle, deutete auf Bombenambitionen hin. Deswegen sei Teherans immer wieder erklärte Treue zum Atomwaffensperrvertrag reine Heuchelei.

Kampf zweier Linien

Zum Jahresende 2007 sah es so aus, als ob die Kriegspartei endlich an ihre Grenzen gestossen sei. Nach monatelanger Verzögerung wurde eine gemeinsame Lageeinschätzung aller US-amerikanischen Geheimdienste zum Atomprogramm Irans veröffentlicht, die eindeutig Entwarnung gab. Die «Zeit» titelte in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember 2007: «Amerikas grosse Lüge – Das Atomwaffenprogramm des iranischen Diktators gibt es nicht mehr.» Und weiter: «Ein Neun-Seiten-Papier hat die Weltlage im Handumdrehen verändert. Noch nie hat ein Geheimdienstbericht einen weltpolitischen Streit so plötzlich, so vollständig auf den Kopf gestellt. Die amerikanischen Nachrichtendienste –

selbst.» Gates' Kriegsgegnerschaft wurde vom Oberkommando der Streitkräfte unterstützt. Dieses «schlug sehr hart zurück», als das Weisse Haus im Jahr 2007 Druck machte, berichtete der Vorsitzende des Gremiums, Admiral Mike Mullen. «Zumindest zehn hohe und höchste Generäle haben ihr Gewicht in die Waagschale geworfen», darunter die Vier-Sterne-Generäle, die rund um den Globus Kampfeinsätze kommandieren.

Doch im März 2008 warf Admiral Fallon das Handtuch. Er resignierte, als er realisierte, wie wenig er zu sagen hat. Die Bush-Administration hatte nämlich nach dem 11. September 2001 einen Parallelstrang zur bisherigen Kommandokette in der Militärpolitik aufzubauen begonnen.

Bis dahin liefen Befehle vom Präsidenten über den Verteidigungsminister zu den Befehlshabern der insgesamt sechs Kontinentalkommandos (von denen Fallon eines ausübte). Seither hat Bush, quer zu den Regionalkommandos und diesen übergeordnet, immer mehr Spezialkommandos aufgebaut, die nicht vom Verteidigungsministerium, sondern direkt aus dem Weissen Haus gesteuert werden. Fallon protestierte: «Es gehen eine Menge seltsame Dinge bei diesen Sondereinheiten vor sich.» Um welche seltsamen Dinge es sich dabei handelt, hat Seymour Hersh recherchiert und in der Juni-Ausgabe des US-Magazines «The New Yorker» veröffentlicht. Hersh ist einer der besten investigativen Journalisten weltweit: Er hat das My-Lay-Massaker im Vietnamkrieg enthüllt und als erster über die Folterhöle in Abu Ghraib berichtet. Seine Kontakte in CIA und Pentagon versorgen ihn regelmässig mit heissen Informationen, etwa über den eben geschilderten Sturz von Admiral Fallon.

Hersh berichtet, dass die Arbeit von US-Sondereinheiten in Iran seit etwa einem Jahr kontinuierlich zunimmt. Sie sind im Kontakt mit drei Widerstandsgruppen und führen gemeinsam Terroranschläge durch: mit den Volksmudschahedin, der kurdischen Guerilla PJAK (einem Ableger der PKK) und der sunnitischen Jundallah. Für diese Wühlarbeit wurde 2007 in einem Kongressausschuss ein Sonderetat von 400 Millionen US-Dollar bewilligt. Die Demokraten unterstützen das Geheimprogramm, weil sie diese Terroroperationen in Iran als «kleineres Übel» im Verhältnis zu einer grossen militärischen Konfrontation betrachten – als Beitrag zu einem «Regime Change» durch die inneriranische Opposition. Doch die Falken in der Bush-Administration sehen die bewaffnete Wühlarbeit der Sonderkommandos nicht als Alternative zum Krieg, sondern als dessen erste Stufe.

Inszenierungen wie gehabt

Zusammenstösse werden inszeniert, um einen Kriegsvorwand zu schaffen. So im Januar 2008, als fünf Boote der iranischen Küstenwache sich in der Meerenge von Hormuz drei US-Kriegsschiffen näherten. Washington spielte den Zwischenfall hoch und berichtete, die Iraner hätten per Funk mit der Sprengung der US-Kreuzer gedroht. Ein britisches Blatt titelte gar «Noch zwei Minuten zum Krieg». Die Lage konnte entschärft werden, weil der zuständige US-Flottenkommandeur, Vize-Admiral Kevin Cosgriff, nicht von einer Bedrohung sprechen mochte. Der provokative Funkspruch, so stellte sich später heraus, war gar nicht von den Iranern gekommen. Von wem aber sonst?

Ein paar Wochen später fand im Büro von US-Vize Cheney eine Besprechung statt. «Thema war, wie ein Casus belli zwischen Teheran und Washington zu schaffen wäre», wurde Hersh von einem ehemaligen Geheimdienstler berichtet. (Quelle: ND)

In Kürze

Gesucht: Zeugen der humanitären Schweiz

(jul) Seit Jahrzehnten haben sich Tausende von Schweizerinnen und Schweizern überall auf der Welt für humanitäre Aufgaben zur Verfügung gestellt. Ein ambitioniertes Projekt für mündlich überlieferte Geschichte widmet sich ihren Erinnerungen. Unter dem Titel «humem – Das Gedächtnis der humanitären Schweiz / La mémoire de la Suisse humanitaire» wird die Geschichte der humanitären Schweiz ab 1945 bis heute zusammengetragen. Für das von der DEZA unterstützte Projekt suchen dessen Leiter Frédéric Gonseth und sein Team Frauen und Männer, die im Verlauf der letzten sechzig Jahre an humanitären Einsätzen im Ausland teilgenommen haben und bereit sind, von ihren Erfahrungen zu erzählen. Die von Historikern und Filmemachern geführten Gespräche werden gefilmt. Anschliessend werden sie in einem öffentlich zugänglichen audiovisuellen Archiv zusammengetragen, damit sie für Buch-, Film- und Ausstellungsprojekte zur Verfügung stehen oder für wissenschaftliche oder journalistische Arbeiten zugänglich sind.

Zunächst sollen rund hundert Personen befragt werden, die ihren Beitrag mit Fotos, Notizen oder Berichten ergänzen können. Auf der Grundlage der Schilderungen konzipiert der Verein Humem eine Wanderausstellung, ein Buch und eine DVD-Box. Insbesondere die DVD-Box soll Lehrpersonen ermöglichen, mit ihren Schülern das Thema Entwicklungshilfe zu behandeln.

Weitere Informationen finden sich unter www.humem.ch. Ein Anmeldeformular kann bezogen werden bei HUMEM, 6, Rue Charles-Monnard, CH-1003 Lausanne.

Unterstützung für Kongo-Projekt

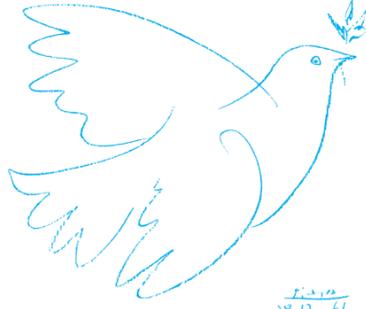
2003 ist der katholische Priester Didier Mafuta für ein Theologie-Doktorat in den Tessin gekommen. Ende dieses Jahres wird er definitiv in seine Heimat Kongo, nach Kinshasa zurückfahren. Neben seinem Priesteramt will er sich sozial engagieren und vor allem Kindern seine Unterstützung bringen.

Konkret sieht sein Projekt, das vom engagierten Tessiner Arzt Elmar Haritz und einem Schweizer Hilfskomitee von Privatpersonen unterstützt wird, die Errichtung eines Ambulatoriums im Quartier Mont-Ngafula im Westen Kinshasas vor, einer Zone mit ca. 100 000 Einwohnern ohne bisherige medizinische Struktur.

Bereits konnte dank grosszügiger Spenden von vorab kirchlichen Hilfsorganisationen ein Gebäude erstanden und dessen Renovation sowie eine Brunnenkonstruktion gesichert werden. Ein Grossteil des medizinischen Materials hat Dr. Haritz aus seiner Praxisauflösung zur Verfügung gestellt.

Für die Transportkosten eben dieses Materials und für die Startphase des Ambulatoriums sucht das Hilfskomitee um Dr. Haritz nun weitere Spenden. Für die fernere Zukunft, so Didier Mafuta, werde dahin gezielt, dass sich die Einrichtung dank der Zahlungen der Kranken, soweit sie zahlungsfähig sind, und dank Nebenaktivitäten wie dem Verkauf von Wasser, Kioskvermietung und ähnlichem selbst finanzieren kann.

Wer das Projekt, das uns von unserer Friedensfreundin Annelis Seidenglanz wärmstens empfohlen wird, mit einem Beitrag unterstützen kann, tut dies mit einer Einzahlung auf das PC-Konto 65-71173-3, Mafuta Kiyungu Didier, Aiuto ai bambini del Congo. Kontakt über dmafuta@hotmail.com



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Zum 100. Geburtstag von Salvador Allende

Bleibendes Beispiel

Am 26. Juni 2008 jährte sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des chilenischen Politikers und Freiheitskämpfers Salvador Allende, mit dessen Ermordung am 11. September 1973 ein einmaliges politisches Experiment auf brutale Art und Weise von putschenden Militärs und dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA beendet wurde. Fidel Castro, Mitstreiter Allendes während vieler Jahre, erinnert an seine biographischen Stationen.

Von Fidel Castro

Salvador Allende wurde vor einhundert Jahren, am 26. Juni 1908, in Valparaíso, im Süden von Chile, geboren. Sein Vater gehörte dem Mittelstand an, war Rechtsanwalt und Notar und Mitglied der chilenischen Radikalen Partei. Salvadors Schulausbildung der mittleren Reife erfolgte in einem Gymnasium seiner Heimatstadt.

Während seiner Gymnasialjahre kommt er über einen alten Anarchisten, Juan Demarchi, mit den Büchern von Karl Marx in Berührung.

Er schliesst die Schule als Bester ab. Er mag und treibt Sport. Er tritt freiwillig in das Regiment Coraceros von Viña del Mar zum Militärdienst ein. Er bittet um Umsetzung in das Regiment Lanceros von Tacna, einer chilenischen Enklave im trockenen und halb wüstenartigen Norden, der später an Peru zurückgegeben wurde. Bei Abschluss seines Militärdienstes wird er zum Reserveoffizier der Armee. Dies tut er schon als ein Mensch mit sozialistischen und marxistischen Ideen.

Er beschliesst, den edlen Studiengang Medizin an der Universität von Chile zu belegen. Er organisiert eine Gruppe von Kameraden, die sich periodisch treffen, um über Marxismus zu lesen und zu diskutieren. Im Jahr 1929 gründet er die Gruppe Avance. Er wird 1930 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Studentenbundes von Chile gewählt und nimmt aktiv am Kampf gegen die Diktatur von Carlos Ibáñez teil.

Mit der 1929 ausgelösten Krise der Wertpapierbörse war die grosse Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten schon entfesselt worden.

In diesem Zeitraum führte Salvador Allende in einem Land, wo die imperialistische Herrschaft über seine arbeitenden Menschen, seine Kultur und Naturreichtümer auf brutale Art und Weise ausgeübt wurde, einen

konsequenten Kampf, der ihn niemals von seiner makellosen revolutionären Haltung abweichen liess.

Im Jahr 1933 erhielt er seinen Arztstitel. Er nahm an der Gründung der Sozialistischen Partei Chiles teil. Im Jahr 1935 ist er schon Vorsitzender des Chilenischen Ärztebundes. Er erleidet eine fast halbjährige Gefängnisstrafe. Er unternimmt grosse Anstrengungen, um die Volksfront in Chile zu gründen und man wählt ihn 1936 als stellvertretenden Generalsekretär der Sozialistischen Partei.

Im September 1939 übernimmt er in der Regierung der Volksfront das Ministerium für Gesundheitswesen. Er veröffentlicht ein Buch über Sozialmedizin. Er organisiert die erste Wohnungsausstellung. Im Jahr 1941 nimmt er an der Jahresversammlung des Amerikanischen Ärztebundes in den Vereinigten Staaten teil. Er wird 1942 zum Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles. Im Jahr 1947 stimmt er im Senat gegen das Gesetz zur ständigen Verteidigung der Demokratie, das aufgrund seines repressiven Charakters als «Ley Maldita» (verdammtes Gesetz) bekannt ist. Im Jahr 1949 wird er zum Vorsitzenden des Ärztegremiums erhoben.

Im Jahr 1952 stellt ihn der Frente del Pueblo als Präsidentschaftskandidat auf. Er war damals 44 Jahre alt. Er verliert. Er legt dem Senat ein Gesetzesprojekt zur Nationalisierung des Kupfers vor. Er reist 1954 nach Frankreich, Italien, in die Sowjetunion und die Volksrepublik China.

Vier Jahre später, 1958, wird er als Kandidat der Frente de Acción Popular (Front der Volksaktion) erneut für die Präsidentschaft der Republik aufgestellt. Diese wurde von dem Sozialistischen Volksbund (Unión Socialista Popular), der sozialistischen Partei Chiles und der Kommunistischen Partei gebildet. Er verliert die Wahlen gegenüber dem Konservativen Jorge Alessandri.

1959 nimmt er an der Amtsübernahme von Rómulo Betancourt als Präsident von Venezuela teil, der bis dahin als eine revolutionäre linke Persönlichkeit angesehen war.

Er reist im selben Jahr nach Havanna und hat eine Unterredung mit dem Che und mit mir. Er unterstützt 1960 die Kohle-Bergarbeiter, die ihre Arbeit für über drei Monate lahm legen.

Gemeinsam mit dem Che klagt er 1961 bei dem OAS-Treffen in Punta del Este in Uruguay den demagogischen Charakter der «Allianz für den Fortschritt» an.

Erneut als Präsidentschaftskandidat aufgestellt, wird er 1964 durch Eduardo Frei Montalva besiegt, einem Christdemokrat, der über alle Mittel der herrschenden Schichten verfügte und der gemäss der freigegebenen Dokumente des US-Senats vom CIA Geld zur Unterstützung seiner Kampagne erhielt. Während seiner Regierung versuchte der Imperialismus das zu entwerfen, was sie als ideologische Antwort auf die Kubanische Revolution «Revolution in Freiheit» nannten. Sie führte dazu, die Grundlagen der faschistischen Tyrannei zu schaffen. Bei jenen Wahlen erhält Allende dennoch über eine Million Stimmen.

Er ist 1966 Leiter der Delegation, die an der Trikontinentalen Konferenz von Havanna teilnimmt. Er besucht die Sowjetunion zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution. Im Folgejahr, 1968, besucht er die Demokratische Republik Korea und die Demokratische Republik Vietnam, wo er mit grosser Befriedigung den ausserordentlichen Führer jenes Landes Ho Chi Minh kennen lernt und Gespräche mit ihm führt. Dieselbe Rundreise schliesst Kambodscha und Laos mit ein, die sich in vollem revolutionärem Aufruhr befinden.

Errichtung des Sozialismus mit friedlichen Mitteln

Nach Ches Tod begleitet er persönlich drei Kubaner der Guerilla von Bolivien, die den Tod des Guerillero Heroico überlebten und sich auf chilenischem Gebiet befanden, bis nach Tahiti.

Die Unidad Popular (Bündnis der Volkseinheit), eine politische Koalition der Kommunisten, Sozialisten, Radikalen, von MAPU, PADENA und der Unabhängigen Volksaktion, stellt ihn am 22. Januar 1970 als ihren Kandidaten auf und er siegt bei jenen Wahlen am 4. September desselben Jahres.

Er ist ein echt klassisches Beispiel des Kampfes mit friedlichen Mitteln zur Errichtung des Sozialismus.

Die Regierung der Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft von Richard Nixon tritt unmittelbar nach dem Wahlsieg sofort in Aktion. Der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General René Schneider, wird am 22. Oktober Opfer eines Attentats, an dem er drei Tage später verstirbt, weil er sich der imperialistischen Forderung zu einem Putsch nicht beugte. Der Versuch, die Machtübernahme der Regierung der Unidad Popular zu verhindern, scheitert.

Allende übernimmt am 3. November 1970 rechtmässig und mit aller Würde das Präsidentenamt von Chile. Er beginnt ausgehend von der Regie-

rung seinen heldenhaften Kampf um die Veränderungen, wobei er dem Faschismus die Stirn bietet.

Bei den örtlichen Wahlen vom März 1971 erreicht die Unidad Popular die absolute Stimmenmehrheit von 50,86 Prozent. Am 11. Juli verkündet Präsident Allende das Gesetz zur Nationalisierung des Kupfers, eine Idee, die er dem Senat 19 Jahre vorher schon vorgeschlagen hatte. Es wurde im Kongress einstimmig verabschiedet. Niemand wagte, etwas dagegen einzuwenden.

Im Jahr 1972 erhebt er öffentlich Anklage in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die internationale Aggression, die sein Land erleidet. Er bekommt viele Minuten lang Beifall von den Anwesenden, die sich von ihren Plätzen erhoben haben. Er besucht im selben Jahr die Sowjetunion, Mexiko, Kolumbien und Kuba.

Im Jahr 1973, bei den Parlamentswahlen vom März, erreicht die Unidad Popular 45 Prozent der Stimmen und vergrössert ihre Parlamentspräsenz. Die von den Yankees in beiden Kammern geförderten Massnahmen zur Absetzung des Präsidenten haben keinen Erfolg.

Der Imperialismus und die Rechte verschärfen den erbarmungslosen Kampf gegen die Regierung der Unidad Popular und lösen den Terrorismus im Land aus.

Am 29. Juli 1973 schicke ich ihm einen letzten Brief:

«Ich sehe, dass ihr euch jetzt inmitten der schwerwiegenden Ereignisse, wie der brutalen Ermordung deines Marine-Adjutanten und des neuen Streiks der Lastwagen-Besitzer, in der heiklen Angelegenheit des Dialogs mit den Christdemokraten befindet. Deshalb kann ich mir die grosse vorhandene Spannung und deinen Wunsch, vorstellen, Zeit zu gewinnen und das Kräfteverhältnis verändern zu wollen, und zwar für den Fall, dass es zum Ausbruch des Kampfes kommt. Ich kann mir auch deinen Wunsch vorstellen, einen Weg zu finden, der ein Fortschreiten des revolutionären Prozesses ohne Bürgerkrieg ermöglicht, und ausserdem deine historische Verantwortung wahr für das, was geschehen kann. Das sind lobenswerte Absichten. Aber für den Fall, dass die andere Seite, deren reale Absichten wir von hier aus nicht einzuschätzen in der Lage sind, stur auf einer verräterischen und unverantwortlichen Politik beharren und dabei einen von der Unidad Popular und der Revolution unmöglich bezahlbaren Preis verlangen wird, – was sogar recht wahr-

scheinlich ist – vergiss keinen Augenblick die riesige Kraft der chilenischen Arbeiterklasse und die energische Unterstützung, die sie dir in allen schwierigen Augenblicken gegeben hat. Sie kann auf deinen Aufruf hin, die Revolution schweben in Gefahr, die Putschisten zum Erliegen bringen, die Unschlüssigen an unserer Seite halten, ihre Bedingungen auferlegen und ein für alle Male das Schicksal von Chile entscheiden, falls es notwendig wäre. Ihre Kraft und ihr Kampfgeist können die Waage in der Hauptstadt zu deinen Gunsten umschwenken lassen, selbst wenn andere Umstände ungünstig wären.»

«Dein Entschluss, den Prozess mit Standhaftigkeit und Ehre selbst um den Preis deines eigenen Lebens zu verteidigen, – jedermann weiss, dass du es zu erfüllen bereit bist – wird alle jene Kräfte an deine Seite ziehen, die zu kämpfen in der Lage sind und alle würdigen Männer und Frauen von Chile.»

Am 11. September 1973 fällt Allende heldenhaft bei der Verteidigung des Präsidenten-Palasts Moneda. Er hat wie ein Löwe bis zum letzten Atemzug gekämpft.

Die Revolutionäre, die dort dem faschistischen Ansturm standhielten, haben fabelhafte Dinge über die letzten Augenblicke erzählt. Die Versionen stimmten nicht immer überein, weil sie von verschiedenen Stellen des Palasts aus kämpften. Ausserdem sind einige seiner nächsten Mitarbeiter gestorben bzw. wurden nach dem harten und ungleichen Kampf ermordet.

Der Unterschied der Zeugenaussagen bestand darin, dass die einen behaupteten, dass er die letzten Schüsse auf sich selbst abgab, um nicht gefangen genommen zu werden, und die anderen, dass sein Tod auf das feindliche Feuer zurückzuführen ist. Der Palast brannte, er war durch Panzer und Flugzeuge angegriffen worden, um einen Putsch zu vollenden, den sie als eine einfache Angelegenheit ohne Widerstand ansahen. Es gibt keinerlei Widerspruch zwischen beiden Formen die Pflicht zu erfüllen. In unseren Befreiungskriegen gab es mehr als ein Beispiel von berühmten Kämpfern, die, als es keine mögliche Verteidigung mehr gab, sich das Leben genommen haben, bevor sie gefangen genommen werden konnten.

Heute ist ein Jahrhundert seit seiner Geburt vergangen. Sein Beispiel wird überdauern.

(Die Übersetzung besorgte das deutschsprachige Fidel-Castro-Archiv. Von der Redaktion gekürzt.)

Herbstversammlung der SFB

Samstag, 27. September 2008, 15.30 Uhr
Bern, Restaurant Mappamondo
Länggasstrasse 44 (Bus Nr. 12)

Traktanden u.a.
Wiederbelebung des Vereins Friedensbewegung
Vorstellung der neuen Webseite der SFB
Bericht über die Wirren um die nächsten Welt-Jugendfestspiele
Vorschau 60-Jahr-Feier der SFB im 2009

Anschliessend Gelegenheit zum gemeinsamen Abendessen.
Die Versammlung steht allen Interessierten offen!